Paradise Watch

Luanda Leaks



AFRIKA SÜD

Inhalt

03 Auf halbem Weg stecken geblieben
Die Luanda Leaks haben das Ausmaß der Korruption unter dem Regime dos Santos in Angola aufgezeigt. Der Fokus der Anti-Korruptionspolitik des neuen Präsidenten richtet sich bislang nur auf die Familie seines Vorgängers. Von Lothar Berger.

06 Die Selfmade-Prinzessin
Ex-Präsidententochter Isabel dos Santos steht im Mittelpunkt der Luanda Leaks. In die Geschäfte ist auch die staatliche Förderbank KfW verstrickt. Von Daniel Düster.

13 Vertrieben für ein Beachresort
Anwohner eines Fischerdorfs mussten einem Projekt von Isabel dos Santos weichen. Von Will Fitzgibbon.

17 Die Macht der zweiten Reihe
Ex-Vizepräsident Manuel Vicente und zwei Generäle haben den Staat über ein gigantisches Geldwäschenetzwerk geplündert. Von Daniel Düster.

25 „Deutschland ist ein Geldwäsche-Zentrum in Europa“
Daniel Düster hat mit dem Europaparlamentarier Sven Giegold gesprochen.

Impressum

Paradise Watch: Luanda Leaks
afrika süd-Dossier
Bonn, Juni 2020
Redaktion: Lothar Berger (V.i.S.d.P.), Daniel Düster

Herausgeber:
Angola-Runde deutscher Nichtregierungsorganisationen
c/o informationsstelle südliches afrika e.V. (issa), Königswinterer Str. 116, 53227 Bonn
Tel.: 0228-464369, Email: www.issa-bonn.org, www.afrika-sued.org
Gefördert von Brot für die Welt und Misereor.
Für den Inhalt dieser Publikation ist allein der Herausgeber verantwortlich.
Titelbild [M]: Isabel Dos Santos 2017; Foto: Nuno Coimbra
Grafik: Jan Philipp Huss

Dramatis Personae



Informationen zu den Luanda Leaks:

- Luanda Leaks, an ICIJ Investigation
  International Consortium of Investigative Journalists
  https://www.icij.org/investigations/luanda-leaks/
- Süddeutsche Zeitung
  Luanda Leaks, Themenüberblick
  https://www.sueddeutsche.de/thema/Luanda_Leaks
- Maka Angola
  Anti-Korruptions-Portal von Rafael Marques:
  https://www.makaangola.org/en/
- Khadija Sharife and Mark Anderson, How Angolan Elites Built a Private Banking Network to Move Their Riches Into the European Union
  Organized Crime and Corruption Reporting Project (OCCRP), 13. April 2020
  https://www.occrp.org/en/investigations/how-angolan-elites-built-a-private-banking-network-to-move-their-riches-Into-the-european-union

Auf halbem Weg stecken geblieben

In 715.000 Dokumenten aus E-Mails, Verträgen und Memos zeigen die »Luanda Leaks« auf, wie westliche Unternehmen und professionelle Dienstleistungsberater dabei halfen, das Imperium von Angolas Expräsident José Eduardo dos Santos und seines Familienclans zu errichten und aufrechtzuerhalten.



Die Luanda Leaks haben Angola viel Interesse internationaler Medien beschert.

Es ist schon erstaunlich, wie viele Machenschaften und Skandale in Politik, Wirtschaft und Finanzwelt im Zeitalter der Digitalisierung in den letzten Jahren aufgedeckt wurden. Da gab es die Panama Papers von 2016 und ein Jahr später die Paradise Papers, mit denen vertrauliche Unterlagen über Steuerparadiese und Geldwäsche an die Presse geleitet wurden. Sie stammten aus Zig-Millionen von geleakten Dokumenten aus Anwaltskanzleien, deren Offenlegung so manchen Politiker und Geschäftsmann zu Fall gebracht hat.

Der Whistleblower dahinter

Und immer stecken hinter diesen Enthüllungen mutige Whistleblower und investigative Journalistinnen und Journalisten. Viele Jahre lang hat der angolanische Journalist Rafael Marques akribisch die illegalen Geschäfte der Herrscherfamilie des langjährigen Präsidenten José Eduardo dos Santos aufgedeckt und angeprangert und dabei sein Leben riskiert. Und dann platzte, nachdem in Luanda dos Santos von seinem Nachfolger João Lourenço abgelöst worden war, im Januar 2020 aus einer Haftanstalt in Portugal eine Bombe : Der portugiesische Hacker und Whistleblower Rui Pinto, der jahrelang unter dem Pseudonym »John« agierte und der entscheidende Informant hinter den »Football Leaks« von 2015 war, ließ über seine Anwälte mitteilen, er sei der Whistleblower hinter den sogenannten »Luanda Leaks« – 715.000 Dokumente, die u.a. aufzeigen, wie Angolas Ex-Präsidententochter Isabel dos Santos zur reichsten Frau Afrikas aufsteigen konnte.

Pinto saß seit 21. März 2019 in Portugal in Untersuchungshaft, nachdem er aufgrund eines internationalen Haftbefehls in Ungarn festgenommen und ausgeliefert worden war. Am 8. April 2020 wurde er nach einer Vereinbarung mit den portugiesischen Polizeibehörden unter Hausarrest gestellt. Der Zugang zum Internet ist ihm untersagt. Bis heute wartet er darauf, dass er als Whistleblower anerkannt und die europäische Richtlinie gegen Geldwäsche auf ihn angewandt wird, damit er als freier Mann mit den Behörden bei der Korruptionsbekämpfung zusammenarbeiten kann.



Seit 2017 Präsident: João Lourenço. Foto: Olaf Kosinsky / cc: by.sa 3.0-de

Pinto hatte die auf einer Festplatte gespeicherten Datenleaks Ende 2018 der »Plattform zum Schutz von Whistleblowern in Afrika« (Plateforme de protection des lanceurs d'alerte en Afrique, PPLAAF) zugespielt, einem Interessenverband mit Sitz in Paris, der die Informationen mit dem Internationalen Konsortium Investigativer Journalisten (ICIJ) geteilt hat. Ein Jahr lang hat das ICIJ zusammen mit 36 Medienpartnern und über 120 Journalisten aus 20 Ländern an der Auswertung der Dokumente gearbeitet. In Deutschland gehören NDR, WDR und die Süddeutsche Zeitung zu dem Rechercheverbund, der die Erkenntnisse in Anlehnung an die Hauptstadt Angolas als »Luanda Leaks« veröffentlicht hat.

Kleptokratie unter dos Santos

Angola ist eine der ungleichsten Gesellschaften der Welt und gehörte zu Dos-Santos-Zeiten zu den korruptesten Ländern Afrikas. Von Transparency International wurde es auf Platz 14 der korruptesten Länder der Welt gereiht. Trotz sozialistischer Rhetorik der früheren Befreiungsbewegung und späteren Regierungspartei MPLA entwickelte sich das Land zu einer kapitalistischen Kleptokratie, in der, wie eine Überprüfung durch den IWF 2011 ergab, durch „quasi-fiskalische Operationen" der staatlichen Ölgesellschaft Sonangol sage und schreibe 32 Milliarden Dollar nicht in den offiziellen Haushaltskonten auftauchten.

Zu den dubiosen Milliardengeschäften von Isabel dos Santos und ihrem Umfeld gehören mehr als 400 Firmen in 41 Ländern, fast 100 davon wurden in Steueroasen wie Malta, Mauritius und Hongkong gegründet. Immer wieder haben diese Firmen von öffentlichen Aufträgen in Angola und Darlehen profitiert. Die Justiz in Angola hat aufgrund der Enthüllungen Ermittlungen wegen Veruntreuung von Staatsgeldern aufgenommen, Konten von Isabel dos Santos und ihrem Mann Sindika Dokolo eingefroren und Firmenanteile beschlagnahmt. Auf mehr als eine Milliarde US-Dollar schätzt sie den Reibach der Ex-Präsidententochter aus den Staatskonzernen des Landes.

Im Fokus des Skandals stehen auch große Beratungs-, Wirtschaftsprüfungsgesellschaften und Anwaltskanzleien, die dos Santos dabei berieten, undurchsichtige Firmengeflechte zu konstruieren und ihr Vermögen in Steueroasen zu verschieben. Geleakte Unterlagen beweisen die tatkräftige Unterstützung durch Boston Consulting, PwC, KPMG und anderen bekannten Beraterfirmen unter anderem in Malta, Portugal und der Schweiz. Auch die alte Kolonialmacht Portugal ist zugleich Opfer und Komplize der Geldgier von Isabel dos Santos. Sie soll dort an 22 portugiesischen Unternehmen und Gesellschaften beteiligt sein.

Wie nervös man in Lissabon reagierte, zeigt der vermeintliche Selbstmord des portugiesischen Bankiers Nuno Ribeiro da Cunha, Direktor der kleinen Privatbank EuroBic. Als rechte Hand von Isabel dos Santos wickelte er ihre Geschäfte in Portugal ab. Seine Leiche wurde im Februar 2020 in der Garage seines Hauses gefunden, gerade als sich Portugals Generalstaatsanwältin Lucília Gago mit ihrem angolanischen Kollegen Hélder Pitta Grós in Portugals Hauptstadt traf, um Informationen zum Ermittlungsverfahren Luandas gegen dos Santos auszutauschen.

Ein Gericht in Lissabon hat mittlerweile die präventive Einziehung von 26 Prozent der Aktien des portugiesischen Telekommunikationsunternehmens NOS angeordnet. Die Aktien befinden sich im Besitz von Isabel dos Santos, ihr Wert belief sich auf 441 Millionen US-Dollar.

Lourenço als Reformer?

Für das unter den Jahrzehnten der Dos-Santos-Herrschaft geplünderte Angola bleibt indes noch offen, ob neue Besen besser kehren. Als José Eduardo dos Santos statt des zuvor gehandelten Vizepräsidenten Manuel Vicente, Ex-Chef der staatlichen Erdölgesellschaft Sonangol, oder seines ebenso ins Spiel gebrachten Sohnes Filomeno »Zénu« dos Santos Verteidigungsminister João Lourenço zu seinem Nachfolger erkor, ging man im politischen Luanda wie auch im Ausland davon aus: Dos Santos, der vor seinem Rückzug von der Macht durch verschiedene Dekrete noch schnell dafür gesorgt hat, dass er und hohe

Generäle von späterer Strafverfolgung verschont bleiben, schiebt einen früher in Ungnade gefallenen, dann aber geläuterten treuen Gefolgsmann als schwachen Politiker vor, um weiter im Hintergrund die Fäden in den Hand zu halten. Lourenço wurde im August 2016 zum Vizepräsidenten der Partei gewählt, war damit automatisch Präsidentschaftskandidat und trat schließlich als Sieger der Wahlen vom 23. August 2017 einen Monat später die Nachfolge von Präsident dos Santos an. Wider die Erwartungen beließ er es nicht bei den üblichen Versprechungen von Entwicklung, Fortschritt und verbessertem Gesundheits- und Bildungswesen, er überraschte auch mit einem energischen Vorgehen in Sachen Korruption. Der neue Präsident ließ ca. 300 Personen im öffentlichen Sektor und in Staatsbetrieben entmachten und löste sich bei der Regierungsbildung und nachfolgenden kleineren und größeren Kabinettsumbildungen mehr und mehr vom Personal seines Vorgängers.

So sehr der Elan des neuen Präsidenten in Sachen Korruptionsbekämpfung auch überraschte, es zeigte sich schnell, dass die verordneten Ermittlungen einzig und alleine dos Santos und seinem Umfeld galten. Die verfügte Entlassung von Isabel dos Santos als Chefin des von Sonangol im November 2017 und die spätere Beschlagnahmung ihrer Vermögenswerte war nur der spektakulärste Fall bei der gezielten Entmachtung der alten Dos-Santos-Elite. Der Beifall aus dem Ausland war ihm sicher, Lourenço konnte mit Unterstützung vom IWF rechnen, mit dem er schließlich einen Kredit in Höhe von 3,7 Mrd. US-Dollar aushandeln konnte, um seine geplünderte Staatskasse und vom Ölpreisverfall angeschlagene Wirtschaft vor dem endgültigen Zusammenbruch zu retten. Die Fokussierung auf den Dos-Santos-Clan nährte aber auch den Verdacht, dass der Präsident sein eigenes Patronagenetz aufbauen will. Spätestens mit seiner Wahl zum Präsidenten der MPLA im September 2018 konnte sich Lourenço seines Vorgängers entledigen und seine Stellung innerhalb der regierenden MPLA stärken.

Jlo, wie der Präsident allgemein in Kurzform genannt wird, erwarb sich im Volksmund schnell den Ruf als »Terminator«. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger legt er Wert auf ein bescheidenes Image in der Öffentlichkeit. Er bestand darauf, dass sein Gesicht nicht auf den Banknoten erscheint. Doch ist das Land wirklich im Wandel? Oder ist der »Terminator« auf halbem Weg stecken geblieben? Kritiker wie Rafael Marques de Morais bleiben trotz einiger Erleichterungen skeptisch. Die Regierung sei zwar rasch gegen Teile des alten Regimes vorgegangen, doch andere, die mit Korruption behaftet waren, sind an der Macht geblieben. Eine Amnestie für gewaschenes Geld, das im Ausland deponiert wurde, habe zu keiner sinnvollen Rückgabe illegaler Gelder geführt.

Sicher, der Pfuhl ausgebildeter Politiker, aus dem Lourenço seine regierungstauglichen Technokraten schöpfen kann, ist klein und so mancher Funktionär des alten Regimes musste übernommen werden, doch die Unantastbarkeit eines Manuel Vicente, der es mit seinen Geldwäschekumpanen zu noch größerem Reichtum gebracht hat als Isabel dos Santos (s. Beitrag S. 17-24), zeigt, wo die Antikorruptionspolitik des Präsidenten zu kosmetischer Natur verkommt. Der ehemalige Vizepräsident und Ex-Sonangol-Chef, mittlerweile Sonderberater Lourenços für Öl- und Gasfragen, war von portugiesischen Staatsanwälten 2018 der Korruption und Geldwäsche beschuldigt worden. Er soll einen Staatsanwalt bestochen haben, um den Geldwäsche-Prozess gegen ihn zu stoppen. Lourenço drängte mit Nachdruck auf einen Prozess in Angola statt in Portugal und beschuldigte Lissabon, sich in die Souveränität Angolas einzumischen. Die geschwächte frühere Kolonialmacht Portugal übergab das Verfahren kleinlaut an Luanda. Dort genießt Vicente ebenso wie José Eduardo dos Santos fünf Jahre Immunität vor Strafverfolgung.

Eine effektive Anti-Korruptionspolitk müsste sich gegen die Hegemonie der seit der Unabhängigkeit regierenden MPLA richten. Die Partei »war im Wesentlichen die Brutstätte derer, die das Land plünderten, und diese Menschen sind nicht beseitigt worden«, sagt Rafael Marques. Der Präsident hätte aggressiver gegen die MPLA vorgehen müssen. »Er kann kein Reformer sein, indem er die Partei rettet und dem Volk Brotkrumen und falsche Versprechungen zuwirft.« (Financial Times, 9.7.2019)

Das freilich zeigt das Dilemma auf: In letzter Konsequenz hieße das, sich selbst als Präsident in der Erkenntnis zu entmachten, dass Jlo als Verteidigungsminister unter dos Santos seinen Teil der Verantwortung für die Korruptheit des Regimes trug. Die »Luanda Leaks« und weitere Recherchen mögen noch so viele Ungeheuerlichkeiten ans Tageslicht gebracht haben – die Bevölkerung wird die Regierung letztlich daran messen, ob sie eines Tages wieder Essen, Geld und Arbeit haben, und hoffen, dass die Regierung endlich auch die verhassten Polizei- und Geheimdienstorgane angeht, die im Zuge der Maßnahmen gegen das Coronavirus wieder ihr hässliches Gesicht zeigen.

Lothar Berger



Isabel dos Santos pflegte gerne ihr Image als Selfmade-Frau. Foto: Nuno Coimbra / cc: by-sa

Die Selfmade-Prinzessin

Isabel dos Santos und ihr Ehemann Sindika Dokolo haben sich über Jahre hinweg mit unlauteren Mitteln ein Vermögen angehäuft. Westliche Firmen und Banken sahen weg und machten einträgliche Geschäfte mit der Präsidententochter. In Deutschland ist die staatliche Förderbank KfW in diese Geschäfte verstrickt, die nun durch die Luanda Leaks an die Öffentlichkeit geraten sind – und auch ein mittelständisches Unternehmen aus Bayern profitierte vom Geschäft.

Es war einfach zu perfekt, um wahr zu sein. Dynamisch, smart und erfolgreich und überdies weiblich, jung und afrikanisch – so wurde Isabel dos Santos in den vergangenen Jahren häufig als Positivbeispiel eines neuen Afrika dargestellt. Auch sie selbst pflegte gerne ihr Image als Selfmade-Frau. So sprach sie auf internationalen Podien und Kongressen kenntnisreich und in geschliffenem Geschäftsenglisch über Performance, Merit Structure oder die Perspektiven afrikanischer Volkswirtschaften.

»Wenn du hart arbeitest und entschlossen bist, wirst du es schaffen, das ist das Wichtigste. Ich glaube nicht an einen einfachen Weg zum Erfolg.« Mit derlei inspirierenden Zitaten ließ die Frau im schwarzen Blazer, der zu ihrem Markenzeichen wurde, immer wieder durchblicken, wie sie sich allein mit Klugheit, Fleiß und Entschlossenheit ihr Firmenimperium erarbeitet habe. Und das kann sich sehen lassen: Die studierte Elektroingenieurin ist laut Forbes die reichste Frau Afrikas mit einem Netto-Vermögen von immer noch 1,5 Mrd. Dollar, das vor einigen Jahren sogar noch das Doppelte betrug. Gemeinsam mit ihrem Mann Sindika Dokolo, einem Unternehmer und Kunstsammler kongolesisch-belgischer Herkunft, besitzt sie Anteile an einer Telekommunikationsfirma, einer Supermarktkette, einer Diamantenfabrik, einem Multimediaunternehmen und verschiedenen Banken, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Zudem leitete sie für knapp 18 Monate Angolas wichtigste Devisenquelle, die staatliche Erdölgesellschaft Sonangol. Sogar eine eigene Biermarke hat sie gegründet, doch dazu an späterer Stelle mehr.

War niemandem aufgefallen, dass ihr Nachname »dos Santos« zufällig der gleiche war, wie der des langjährigen Präsidenten von Angola? Nein, es war sicherlich kein Geheimnis, dass ihr Vater José Eduardo dos Santos ist, der Mann, der Angola fast vier Jahrzehnte lang von 1979 bis 2017 autokratisch regierte. Sie kam 1973 in der Sowjetunion als Tochter einer aserbaidschanischen Geologin und eines vielversprechenden angolanischen Oppositionellen zur Welt, der damals durch die UdSSR protegiert wurde. Doch anscheinend schienen sich wenige daran zu stören, dass die clevere Geschäftsfrau ihr Firmenimperium unter der helfenden Hand des Vaters errichtete, der ihren Erfolg erst ermöglichte.

Einer, der sich daran störte, war der bekannte angolanische Recherche-Journalist Rafael Marques de Morais, der schon früh die Verquickung von Staat und Geschäft durch die Familie dos Santos kritisierte. Spätestens seit 2013 hätte auch auf internationaler Ebene allen klar sein müssen, auf welche Weise Isabel dos Santos an ihr Vermögen gekommen ist. Damals wurde ein Artikel in der Zeitschrift Forbes veröffentlicht, in dem Rafael Marques und Kerry Dolan die »First Daughter« der Korruption bezichtigten (auch wenn sich Forbes nach massivem Druck durch die angolanische Regierung öffentlichkeitswirksam von Marques distanzierte und ihn auf der Titelseite der nächsten Ausgabe als Lügner bezeichnete). »Soweit wir es nachverfolgen können«, heißt es vernichtend in dem fraglichen Artikel, »stammt jede größere angolanische Investition, an der dos Santos beteiligt ist, entweder von dem Stück eines Unternehmens, das in dem Land Geschäfte machen will, oder von einem Federstrich des Präsidenten, der sie in das Geschehen miteinbezogen hat.«

»Eine orchestrierte Kampagne«

Isabel dos Santos erklärte indessen, die Anschuldigungen gegen ihre Person seien Teil einer »orchestrierten Kampagne durch die aktuelle Regierung« gegen ihre Familie. In einem Interview mit der portugiesischen Online-Zeitung Observador legte sie in Bezug auf ihren Vater großen Wert auf die Unterscheidung zwischen Person und Amt. Tut man ihr also Unrecht und sollte sie stattdessen losgelöst von ihrem Vater betrachten? Schließlich kann man sich die eigenen Eltern nicht aussuchen, auch dann nicht, wenn sie privilegiert sind. Ist sie also bloß eine talentierte Geschäftsfrau, die zufällig in eine einflussreiche Familie geboren wurde, sich aber eigenständig, ehrlich und unabhängig ihr Vermögen erarbeitet hat?

Zahlreiche Dokumente sprechen eine andere Sprache: Offensichtlich hat der mächtige Vater mehrmals wohlwollend auf die Geschäfte seiner Tochter eingewirkt, die ein großes Talent bewies, eine schillernde Fassade zu errichten und ihr Blatt bestmöglich auszureizen. So übertrug er im Jahr 2013 ihren Firmen Urbinveste und Landscape die Lizenz für ein gigantisches Stadterneuerungsprojekt der Hauptstadt Luanda mit einem Umfang von ca. 1,3 Milliarden Dollar. Die katastrophalen Auswirkungen für viele Anwohnerinnen und Anwohner waren verheerend, wie Will Fitzgibbon vom ICIJ in seinem Beitrag »Vertrieben für ein Beach-Ressort« (S. 13-16) aufzeigt. Auch die Ernennung zur Vorsitzenden der staatlichen Mineralölgesellschaft Sonangol 2016 erfolgte persönlich durch ihren Vater gegen Ende von dessen Präsidentschaft. Und nicht zuletzt die Lizenzvergabe an die heute umsatzstärkste Firma des Landes, das Mobilfunkunternehmen Unitel, an dem sie zu 25 Prozent beteiligt ist, lässt ihren Anspruch auf einen selbsterarbeiteten Erfolg äußerst fadenscheinig wirken.

Papas Lizenzen

Der Beginn ihrer märchenhaften Karriere liegt jedoch im Diamantengeschäft. Im Jahr 1999 gründete José Eduardo dos Santos die Angola Selling Corporation und stattete die Firma mit einer Exklusivlizenz zur Vermarktung angolanischer Diamanten aus. Nach dem Erdöl stellt der Export



Die Zentrale von Sonangol in Luanda. Foto: Dreamstime.com / Arqnunomiguelalmeida

von Diamanten eine wichtige Säule der angolanischen Wirtschaft dar, die besonders während des Bürgerkriegs (1975-2002) von großer Bedeutung war. Einem separaten Unternehmen unter der Leitung von Isabel dos Santos und ihrer Mutter übertrug der Präsident einen Anteil von 24,5 Prozent an Angola Selling Corp. Mit gerade einmal 26 Jahren hielt sie also bereits ohne jede Geschäftserfahrung ein Viertel einer halbstaatlichen Monopolgesellschaft.

Nur etwa ein Jahr später vergab die Regierung dem ICIJ (International Consortium of Investigative Journalists) zufolge eine Mobilfunklizenz an das Unternehmen Unitel, das Isabel dos Santos erst kurz zuvor gegründet hatte. Diese Lizenz erwies sich als äußerst profitabel, denn Unitel hat inzwischen einen Marktanteil von 90 Prozent in Angola und einen Jahresumsatz von 958 Millionen Dollar (Stand 2018). Allein zwischen 2006 und 2015 wurden Dividenden in Höhe von mehr als fünf Milliarden Dollar an die Aktionäre ausgeschüttet. 25 Prozent davon gingen bis vor kurzem an Isabel dos Santos, weitere 25 Prozent an den General Leopoldino Fragoso do Nascimento, genannt Dino. Die restlichen 50 Prozent verteilten sich lange zu gleichen Teilen auf den brasilianischen Telekommunikationsanbieter Oi und den staatlichen Ölkonzern Sonangol, der von 1999 bis 2012 von Manuel Vicente geleitet wurde. Erst im Januar 2020 übernahm Sonangol für 739 Millionen Dollar die brasilianischen Anteile, sodass heute insgesamt 50 Prozent aller Dividenden von Unitel auf Sonangol entfallen. Die Rolle von Leopoldino do Nascimento und Manuel Vicente wird eingehender im Artikel »Die Macht der zweiten Reihe« (S. 17-24) beleuchtet.

Vitamin B

Dieser eklatante Fall von Vorteilsgewährung durch den eigenen Vater bei der Lizenzvergabe sollte jedoch nicht die einzige Verfehlung von Isabel dos Santos als Aktionärin bei Unitel bleiben. Im Jahr 2013 vergab sie als Aufsichtsratsmitglied von Unitel einen Kredit über 460 Millionen Dollar an eine vermeintliche Holding mit dem Namen Unitel International Holdings. Diese Firma mit Sitz in den Niederlanden entpuppte sich später als eine Strohfirma von Isabel dos Santos selbst. Doch auch jenseits von Unitel und dem Diamantengeschäft half Papa dos Santos bei der geschäftlichen Karriere seiner Ältesten nach. So machte der Vater sie mit dem portugiesischen Milliardär Américo Amorim bekannt, der einer ihrer wichtigsten Geschäftspartner werden sollte. Der inzwischen verstorbene und einstmals reichste Mann Portugals hatte das elterliche Korkgeschäft übernommen und so erfolgreich geführt, dass er im Laufe der Zeit in andere Branchen wie Banken, Immobilien und Energie expandieren konnte. Gemeinsam mit der jungen, finanzkräftigen Tochter des angolanischen Potentaten gründete Amorim im Jahr 2005 bspw. die Banco BIC, die heute in Angola als drittgrößte Bank ein Kapital von 4,2 Mrd. Dollar verwaltet. Bis zu seinem Tod im Jahr 2017 hielt er 25 Prozent der Aktien, während auf Isabel dos Santos noch immer 42,5 Prozent der Anteile entfallen.

Wie man sich selbst einen Kredit gibt

Später weiteten die beiden Kompagnons ihre Geschäfte auf die Bereiche Zement, Energie und Immobilien aus. Um die gesamte Wertschöpfungskette des Erdölgeschäfts »von der Produktion bis zur Pumpe« zu kontrollieren, wie ihr Ehemann Sindika Dokolo in einem Radiointerview stolz erzählte, schloss man mit Amorim einen Deal: Gemeinsam mit der Ölgesellschaft Sonangol, die sich unter der Leitung von Manuel Vicente indirekt unter staatlicher Kontrolle befand, gründete Amorim eine Investmentgesellschaft, die ein Drittel des profitablen portugiesischen Energieunternehmens Galp Energia aufkaufte. Sindika Dokolo, der mächtigste Schwiegersohn des Landes, erhielt einen Posten im Vorstand der Gesellschaft und somit die Familie dos Santos gewichtigen Einfluss.

Nur ein Jahr später verkaufte Sonangol 40 Prozent seiner Anteile an Dokolos Unternehmen, die Schweizer Aktiengesellschaft Exem Holding. Von dem eigentlichen Kauf-

preis in Höhe von 99 Millionen Dollar erhielt Sonangol lediglich 15 Millionen als Anzahlung durch Exem und gewährte die übrigen 84 Millionen großzügigerweise als Kredit. Dieser Kredit ist immer noch ausstehend, er wäre heute rund 800 Millionen Dollar wert. Dies war das erste große internationale Geschäft von Isabel dos Santos und Sindika Dokolo und zugleich der erste große, fast lehrstückartige Betrug des Paares. Sie hatten es geschafft, sich ein saftiges Stück eines lukrativen Unternehmens einzuverleiben und die Rechnung an die angolanische Bevölkerung weiterzureichen, indem sie sich einfach an der Haupteinnahmequelle des Landes gütlich taten, nämlich an Sonangol. Möglich machte das die Vermittlung und Schirmherrschaft des Vaters und ein Komplize in Portugal, in diesem Fall Américo Amorim. Dieses Muster sollte sich noch bei vielen weiteren Geschäften von dos Santos wiederholen.

Der Streit um die Nachfolge

Als mit dem Einbruch der Ölpreise 2014/2015 auch Angolas extrem erdölzentrierte Wirtschaft in Schwierigkeiten geriet, die Regierung die aufflammenden Proteste mit Repression beantwortete und sich die Herrschaft ihres Vaters nach über einem Dritteljahrhundert ihrem Ende zuneigte, stellte sich die Frage, welchen Platz Isabel dos Santos in der neuen Ordnung einnehmen würde. Als Thronerbe des Präsidenten galt lange Zeit dessen Intimus Manuel Vicente. Dass sein langer politischer Weggefährte 2012 seinen Chefposten bei Sonangol räumte, um Vizepräsident zu werden, nährte entsprechende Spekulationen. Auch Isabel dos Santos jüngerer Halbbruder, José Filomeno dos Santos, galt als aussichtsreicher Kandidat. Die ehemalige sozialdemokratische Europaabgeordnete Ana Gomes äußerte im Interview die Vermutung, dass Isabel dos Santos zu diesem Zeitpunkt bereits selbst Ambitionen auf die Nachfolge ihres Vaters gehegt habe und in Rivalität zu Manuel Vicente geriet. Da passt ins Bild, dass José Eduardo dos Santos seiner Tochter eine Schlüsselposition in der angolanischen Wirtschaft zuwies, noch bevor der bisherige Verteidigungsminister João Lourenço Ende 2016 zur allgemeinen Überraschung zum Präsidentschaftskandidaten der MPLA gekürt wurde: Im Juni 2016 übernahm Isabel dos Santos die Leitung von Sonangol.

Später legte sie Wert darauf, dass man sie nur aufgrund ihrer Geschäftserfahrung ausgewählt habe, mit dem Ziel, die aufgeblähte Bürokratie zu reformieren. Vielleicht hatte der alternde Autokrat dos Santos auch gehofft, sich über seine aktive Amtszeit hinaus Einfluss und Straffreiheit zu sichern, indem er seine Kinder und Vertrauten an wichtigen Schaltstellen in Wirtschaft, Politik und Justiz positionierte. Seinen Sohn José Filomeno etwa, der sich aktuell in Luanda wegen Geldwäsche und Korruption in Untersuchungshaft befindet, hatte er bereits 2013 zum Leiter des fünf Milliarden Dollar schweren staatlichen Ölfonds FSDA ernannt. Über die Verbindungen von »Zénu«, wie der Präsidentensohn gemeinhin genannt wird, zu den Paradise Papers berichtete afrika süd ausführlich im vergangenen Jahr (u.a. Dossier Paradise Watch 1-2019, Angola-Schweiz-Connection).

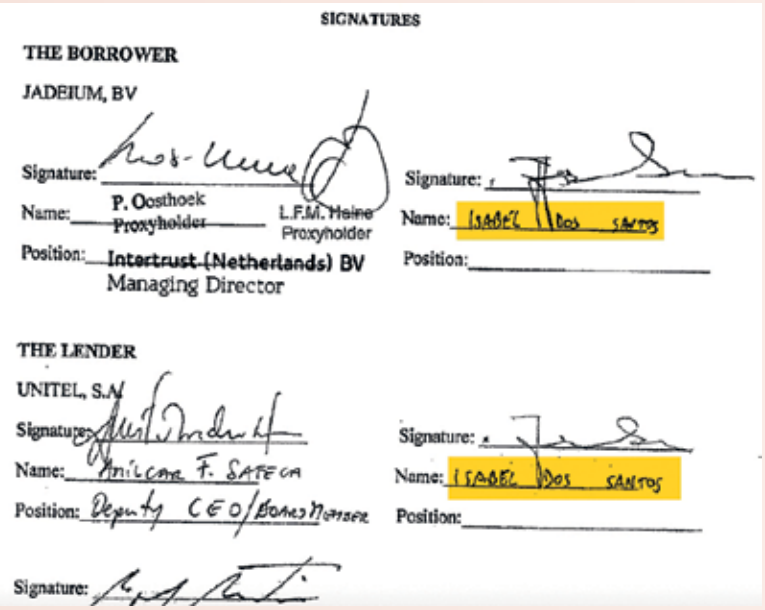
Freundinnenschaft

Es zeigte sich jedoch schnell, dass Nachfolger Lourenço entgegen den damaligen Prognosen keineswegs beabsichtigte, bloß eine Marionette von dos Santos' Gnaden zu sein. Ob die Motivation seines Handelns letztlich nur strategischer Natur ist, oder ob er ernsthaft versucht, der ausufernden Korruption im Land zu Leibe zu rücken – innerhalb des ersten Jahres kehrte der neue Präsident jedenfalls mit eisernem Besen zahlreiche Familienange-



Tankstelle in Lubango bei Nacht. Foto: Petra Aschoff

hörige und Günstlinge des ehemaligen Präsidenten aus ihren Ämtern. Die Wichtigste unter ihnen war zweifelsohne Isabel dos Santos. Nur wenige Wochen nach Lourenços Amtsantritt musste sie ihren Posten bei Sonangol räumen, nicht jedoch ohne sich den Abschied angemessen zu versüßen: Diesmal bediente sie sich einer »Beraterfirma«



SIGNATURES

THE BORROWER

JADEIUM, BV

Signature:

Name: P. Oosthoek Proxyholder

L.F.M. Heine Proxyholder

Position: Intertrust (Netherlands) BV Managing Director

Signature:

Name: ISABEL DOS SANTOS

Position:

THE LENDER

UNITEL, S.A

Signature:

Name: Anilcane F. SAFECA

Position: Deputy CEO/Board Member

Signature:

Name: ISABEL DOS SANTOS

Position:

Signature:

Ein Dokument aus den Luanda Leaks zeigt, wie Isabel dos Santos gleichzeitig als Darlehensgeberin und -nehmerin unterzeichnet.

namens Matter Business Solutions, die zufällig einer Geschäftspartnerin gehörte. Die Strohfrau, eine 48-jährige Portugiesin mit dem klangvollen Namen Paula Cristina Fidalgo Carvalho das Neves Oliveira und einem beruflichen Hintergrund in Personalberatung, war seit 2009 mit Isabel dos Santos im Geschäft und betrieb mit ihr u.a. ein Nobelrestaurant in Luanda sowie ein Personalbewertungsunternehmen.

Am 7. November 2017, eine gute Woche vor ihrer Entlassung durch den neuen Präsidenten, kündigte Isabel dos Santos ihrerseits plötzlich und ohne Vorwarnung der langjährigen und allseits respektierten Chefin der britischen Niederlassung von Sonangol, Maria Sandra Lopes Julio. Man bedankte sich für die gute Zusammenarbeit, lobte sie sogar für ihre gute Leistung – und ersetzte sie durch eine Schwippschwägerin von José Eduardo dos Santos. Maria Rodrigues, deren Bruder zwischenzeitlich mit der Schwester des Ex-Präsidenten verheiratet war, unterzeichnete nach eigener Aussage in ihrer sehr kurzen Amtszeit als Leiterin von Sonangol UK nur ein einziges Dokument. Sie selbst könne sich nicht erinnern, welches Dokument dies gewesen ist, doch das ICIJ konnte nachweisen, dass es sich um eine Genehmigung für ein überaus großzügiges Beratungshonorar in Höhe von 38 Millionen Dollar an eine gewisse Matter Business Solutions in Dubai handelte. Für Matter unterschrieb Paula Oliveira. Nur eine Woche später, am 15. November 2017, entließ João Lourenço Isabel dos Santos aus ihrem Amt und mit ihr verschwanden noch an ihren drei letzten Arbeitstagen 58 Millionen Dollar ohne Ausschreibung auf Nimmerwiedersehen in Dubai.

Carlos Saturnino, dos Santos' Nachfolger bei Sonangol, sollte drei Monate später auf einer Pressekonferenz schwere Vorwürfe gegen seine Vorgängerin erheben. Er prangerte überhöhte Vergütungen, Interessenkonflikte, Steuervermeidung und eine übermäßige Zahl an Beraterfirmen an. In nur 18 Monaten seien insgesamt 135 Millionen Dollar an 13 verschiedene Consulting-Unternehmen geflossen, der Löwenanteil jedoch an Matter Business Solutions. Unter den 13 Firmen waren auch vier Unternehmen, die schon vorher mit Isabel dos Santos geschäftlich verbunden waren und nun durch überhöhte Consulting-Honorare belohnt wurden: PricewaterhouseCoopers (PwC), die Boston Consulting Group, McKinsey & Co. sowie dos Santos' Lissaboner Anwaltskanzlei Vieira de Almeida.

Abgang unter Krokodilstränen

Dennoch blieb sie weiterhin ein gern gesehener Gast auf Konferenzen, Gipfeltreffen und sogar an Elite-Universitäten, wo sie als lebendiges Beispiel für „Africa Rising" Reden halten und aus dem Nähkästchen ihrer Geschäftserfahrungen plaudern konnte. Das Weltwirtschaftsforum in Davos 2019 lud sie auch dann noch als Gastrednerin ein, als die angolanische Staatsanwaltschaft bereits längst juristische Schritte gegen sie unternommen hatte – erst kurz vor Beginn der Konferenz zog man die Einladung zurück.

Seit Veröffentlichung der Luanda Leaks im Januar 2020 wurden erneut zahlreiche Konten von Angolas einstmals mächtigstem Ehepaar gesperrt, der politische Einfluss in Angola ist anscheinend vollständig erodiert und Lourenço scheint entschlossen, ihre Familie zurückzudrängen. Ihr Bruder sitzt in Luanda in Untersuchungshaft, sie selbst hat sich nach London und Portugal zurückgezogen, um sich der strafrechtlichen Verfolgung in ihrer Heimat zu entziehen. Viele einstige Weggefährten, die bis vor kurzem noch an ihren Geschäften kräftig mitverdient hatten, distanzieren sich inzwischen von ihr. „Schockiert und persönlich enttäuscht" äußerte sich etwa der CEO des



Ärger für die KfW

Es ist nicht das erste Mal, dass die Auslandsgeschäfte der KfW in die Kritik geraten. Bereits 2015 und 2019 gab es Anfragen der Linken-Bundestagsfraktion an die Bundesregierung bzgl. der Kreditvergabe der KfW-Bankengruppe an Projekte, die in Zusammenhang mit Menschenrechtsverstößen und Umweltverbrechen in Kolumbien, Honduras, Panama, Mali, Äthiopien, Sambia und der DR Kongo standen. Bei einem Staudamm-Projekt in Kolumbien, das die KfW teilfinanziert hatte, ist es bspw. laut einer lokalen NGO zu Vertreibungen der ansässigen Bevölkerung sowie zu Morden an Gegnern des Projekts gekommen.

Die neuerlichen Erkenntnisse durch die Luanda Leaks werfen wiederum ein schlechtes Licht auf die Kreditbank für Wiederaufbau. Infolgedessen hat die FDP-Fraktion im Bundestag eine kleine Anfrage an die Bundesregierung gestellt, welche nationalen und europäischen Regularien zur Kreditvergabe bestanden und warum damals nicht strenger geprüft wurde. In ihrer Antwort stritt die Bundesregierung jede Verantwortung der Ipex ab und zog sich darauf zurück, dass man sich im legalen Rahmen bewegt habe. Auch der gute Ruf der Krones AG als »reputierlicher Exporteur« habe dazu beigetragen, dass man keinerlei Bedenken gehabt habe. Man gab lediglich an, ab jetzt würden auch bei sogenannten »Onlending«-Krediten die Endbegünstigten geprüft werden. Bereits im Januar hatten die für die Aufsicht der KfW zuständigen Ministerien für Wirtschaft und Finanzen die KfW-Ipex ermahnt, bei der Prüfung »mit Blick auf das Compliance- und Reputationsrisiko-System der Ipex dort wo notwendig auch über die gesetzlichen Anforderungen hinauszugehen«. Darauf habe der Vertreter der Bundesregierung bei einer Sitzung des Prüfungsausschusses gedrungen.

Die Ipex versprach, den Fall zum Anlass zu nehmen, weitere Maßnahmen zu prüfen. Die Bundesregierung vermeidet also bislang – abgesehen von ihrer väterlichen Ermahnung – konkrete Maßnahmen bzw. gesetzliche Vorgaben, um die KfW in Zukunft an der Zusammenarbeit mit dubiosen Geschäftspartnerinnen und -partnern zu hindern. Der grüne Europaabgeordnete Sven Giegold (siehe Interview) sprach in diesem Zusammenhang von einer eklatanten Verletzung der Aufsichtspflicht und forderte, alle Auslandsgeschäfte der KfW seit Verschärfung der europäischen Geldwäscherichtlinien 2007 umfassend zu überprüfen. Doch während die Bundesregierung noch versucht, die Wogen zu glätten, hat sich unterdessen die Justiz eingeschaltet. Übereinstimmend berichteten mehrere Medien, dass Polizei und Staatsanwaltschaft wegen Untreue gegen die KfW-Ipex ermitteln und bereits Anfang Mai eine Durchsuchung der Geschäftsräume vornahmen. Dies nährt die Hoffnung, dass die Enthüllung der Luanda Leaks nicht umsonst war und auch in Deutschland Konsequenzen gezogen werden.

Daniel Düster



Marketing für dos Santos' Biermarke ‚Luandina'

Consulting-Riesen PwC, Bob Moritz, obwohl besonders PwC zuvor von Isabel dos Santos' überhöhten Beraterverträgen profitiert hatte.

Berührungsängste gegenüber der milliardenschweren Tochter des Diktators dos Santos hatten damals auch einige internationale Unternehmen, Beraterfirmen und Banken nicht, obwohl andere Institutionen und Firmen sich bereits recht früh von ihr distanzierten. Das ICIJ konnte dokumentieren, dass sich schon in den Jahren 2012 und 2013 die Banken Citigroup, Barclays, Intertrust, ING Bank und Santander aus Geschäften mit Isabel dos Santos und Sindika Dokolo zurückzogen. Sogar die Deutsche Bank, beklagte sich ein enger Berater ihres Ehemanns in einer vertraulichen Nachricht, habe schließlich Bedenken gehabt und daraufhin Dokolos Konten geschlossen und als Korrespondenzbank einige Zahlungen blockiert. Nicht zu schade war sich hingegen noch im Jahr 2015 die staatseigene Kreditbank für Wiederaufbau (KfW), wie ein Rechercheteam der Süddeutschen Zeitung herausfand.

Mein Name ist Hase

Will Fitzgibbon vom ICIJ berichtet, dass Isabel dos Santos bereits 2014 konkrete Pläne hatte, eine Brauerei auf angolanischem Boden zu errichten. Hierzu nahm sie Kontakt mit einem Hersteller von Brauerei- und Abfüllanlagen aus Deutschland auf. Dieser Hersteller ist das börsennotierte Unternehmen Krones AG aus der bayrischen Oberpfalz nahe Regensburg. Der Mittelständler, der sich auf die Herstellung von Maschinen und Anlagen zur Getränkeproduktion, -abfüllung und -verpackung spezialisiert hat, soll sich laut Süddeutscher Zeitung schon früher in Afrika betätigt haben. Sie zitiert einen Handelsvertreter der Firma, der das Geschäft mit Isabel dos Santos vereinbart hatte. Der habe keine Einwände gegen ein Geschäft mit der Tochter des Präsidenten gehabt. Im Gegenteil würden Unternehmen den Angehörigen mächtiger Politiker grundsätzlich eher Vertrauen entgegenbringen, da sie in der Regel zuverlässig zahlten.

Um ihre Biermarke »Luandina« schließlich Wirklichkeit werden zu lassen, suchte Isabel dos Santos nach einer Kreditgeberin und wurde schließlich bei einer Tochter der deutschen Kreditbank für Wiederaufbau fündig, die zu 80 Prozent dem Bund und zu 20 Prozent den Bundesländern gehört. Der Zweck dieser Tochtergesellschaft, der KfW-Ipex, ist es schließlich, Exportgeschäfte der deutschen Wirtschaft zu fördern.

Die KfW-Tochter vergab den Kredit allerdings nicht direkt an Isabel dos Santos, sondern an die angolanische Spar- und Kreditbank BPC (Banco de Poupança e Crédito). Die BPC wiederum gab den Kredit im Jahr 2015 in Höhe von rund 50 Millionen Euro an die Brauereigesellschaft Sodiba (Sociedade de Distribuição de Bebidas de Angola) weiter, die damit die Anlagen bei Krones in Auftrag gaben. Derweil erklärte ihr Vater im Präsidentenpalast ihre Brauereigesellschaft zu einem Projekt von nationalem Interesse und erließ Sodiba per Dekret für die ersten zehn Geschäftsjahre alle Steuerlasten.

Dass Isabel dos Santos an der Spitze von Sodiba stand, will Krones bei Abschluss des Geschäfts nicht gewusst haben, wie das Unternehmen auf Anfrage erklärte. Allerdings war diese Information für jeden, den es interessierte, im angolanischen Amtsblatt öffentlich einsehbar. Auf Krones' Website tönt es korrekt und tugendsam, man betrachte »rechtmäßiges, ethisches und verantwortungsvolles Handeln als wichtigen und unverzichtbaren Teil unserer unternehmerischen und gesellschaftlichen Verantwortung«. Doch so genau wollte man es mit der Verantwortung bei der Auswahl seiner Geschäftspartnerin dann doch nicht wissen. Ebenso wenig wie die KfW und viele andere, die das System und die Maskerade der Isabel dos Santos überhaupt erst möglich gemacht haben.

Daniel Düster

Vertrieben für ein Beach Resort

Die Luanda Leaks enthüllen, wie Tausende mit Waffengewalt aus einem Fischerdorf am geplanten Standort eines Projekts von Isabel dos Santos vertrieben wurden. Anwohner, die vom Strand am Stadtrand vertrieben wurden, leben jetzt unter erbärmlichen Bedingungen an offenen Abwasserkanälen.



Bauruine statt Hotelkomplex: Ein weiteres gescheitertes Projekt der Isabel dos Santos. Foto: Petra Aschoff

Es war nach Mitternacht, als die Polizei nach Areia Branca kam, einer Fischergemeinde auf einer Sandnehrung unweit des Zentrums von Angolas Hauptstadt Luanda. Bagger folgten. Als die Sonne aufging, begannen die Maschinen, die Häuser einzureißen.

50 Jahre lang war das Viertel – auf Deutsch »Weißer Sand« – ein Zufluchtsort für Tausende von Familien. Lehrer, Beamte aus der Stadt und Buntbarschverkäufer entspannten sich nach der Arbeit in geräumigen Hinterhöfen. Die kühle Meeresbrise half, die Moskitos fernzuhalten. Aber dieselben Qualitäten, die ihre armen Bewohner aus der Arbeiterklasse schätzten, machten es – nach Ansicht eines Geschäftskonsortiums unter der Leitung von Isabel dos Santos, Tochter des autokratischen Präsidenten des Landes – auch ideal für eine Küstenstraße und ein Luxushotel, das der Elite einer der am schnellsten wachsenden Städte Afrikas dienen sollte.

Die Vertreibungen vom Juni 2013 seien dann plötzlich und brutal erfolgt, sagen Menschenrechtsaktivisten und ehemalige Bewohnerinnen. Polizei und Militär, darunter auch Mitglieder der Präsidentengarde, legten den Einwohnern Handschellen an und schlugen sie mit Schlagstöcken. Dies geht aus Beschwerden hervor, die von der in Luanda ansässigen gemeinnützigen Organisation SOS Habitat zusammengestellt wurden. Die Polizei warf Fernseher, Generatoren, Matratzen, Töpfe und Bootsmotoren ins Meer und schaltete den Zugang zum Telefonnetz ab.

Die Anwohner wurden angewiesen, so lange an Ort und Stelle zu bleiben, bis alles vorbei war. »Sie hielten uns sieben Tage lang unter freiem Himmel vor unseren zerstörten Häusern fest, ohne Essen und Wasser«, so Talitha Miguel, eine 41-jährige ehemalige Lehrerin. Als man ihnen schließlich erlaubte, das Land zu verlassen, ließen sich viele Bewohner einige hundert Meter entfernt in einer überfüllten Elendssiedlung neben einem flutanfälligen Abflusskanal nieder.

Die Räumungen in Areia Branca sollten einem Stadterneuerungsplan mit einem Umfang von 1,3 Milliarden Dollar Platz machen, den dos Santos verfolgte. Wenige Mona-

te bevor die Bewohnerinnen vertrieben wurden, erhielt ihr Unternehmen vom Präsidenten die Genehmigung, das Projekt zu leiten.

Die Geschichte der Zwangsräumungen und die Not der Vertriebenen in Areia Branca tauchten im Rahmen der Untersuchungen zu den Luanda Leaks auf, die über zwei Jahrzehnte an Insidergeschäften zugunsten der reichsten Frau Afrikas ans Licht brachte. Weder beschreiben noch erwähnen die Dokumente die gewalttätigen Maßnahmen, die die 3.000 Familien in Areia Branca erlebt haben. Allerdings enthalten sie Karten, Sitzungsprotokolle, wissenschaftliche Studien, Rechnungen und andere Akten im Zusammenhang mit den Entscheidungen, die das Schicksal der Gemeinde besiegelten. Um die Verbindungen zwischen den Vertreibungen und dem von dos Santos unterstützten Entwicklungsprojekt zu bestätigen, verbrachte ICIJ Monate damit, durchgesickertes Material mit Informationen zu vergleichen, die in Luanda aus anderen Dokumenten und Interviews gesammelt wurden.



Die Anwohnerin Talitha Miguel wurde aus ihrem Haus in Areia Branca vertrieben. Foto: Karlijn Kuijpers

»Bei Korruption auf hohem Niveau, insbesondere in extrem ungleichen Gesellschaften, geht es auch immer um Menschenrechte und den Missbrauch normaler Bürgerinnen«, so Claudia Gastrow, eine Anthropologin an der Universität Johannesburg. »Es gibt wirkliche Opfer.«

Die Meisterin des Masterplans

Um die Jahrtausendwende gehörte Luanda zu den am schnellsten wachsenden Städten Afrikas. Hunderttausende Angolaner hatten sich während eines langen Bürgerkriegs, der 2002 endete, in die relative Sicherheit der Küstenhauptstadt gedrängt. Müllsammelnde Flüchtlinge wetteiferten um Platz in den Gassen zwischen türkisfarbenen Kolonialhäusern, bewachten Eigentumswohnungen und gehobenen Restaurants. Vertreibungen waren an der Tagesordnung. Die Stadt wurde zu einer der teuersten und ungleichsten der Welt. Dieses Chaos spiegelte jedenfalls nicht die Träume des »Paris von Afrika« wider, die die Elite Angolas hegte.

Im Jahr 2010 übertrug Isabels Vater, Präsident José Eduardo dos Santos, seinem Büro die ausschließliche Kontrolle über die Planung des Stadtteils, zu dem Areia Branca gehörte. Tatsächlich wurde diese Regelung Teil des Luanda-Masterplans, wie das umfassende Projekt zur Neugestaltung der Stadt bald genannt wurde. Der Masterplan sah Schnellstraßen vor, die – von Bäumen gesäumt – die Innenstadt nahtlos mit Einkaufszentren, Hotels, Jachthäfen und neuen Häusern verbinden sollten.

Durchgesickerten Dokumenten zufolge sollte Luanda »Afrikas wichtigstes Reiseziel« werden und Angola „von seiner besten Seite“ zeigen. Die Befürworter des Plans priesen das Potenzial für neue Arbeitsplätze, Steuereinnahmen und höhere Grundstückswerte. Der Masterplan brauchte eine Meisterin. Also erhielten Anfang 2013 zwei Unternehmen von Isabel dos Santos, Urbinveste und Landscape, den Zuschlag, die Erneuerung des Gebiets zu beaufsichtigen, zu dem Areia Branca gehörte.

In einer Stellungnahme an das ICIJ, die über die britische Anwaltskanzlei Carter-Ruck abgegeben wurde, beschrieb

dos Santos Urbinveste später als »Schöpferin der Vision und des Konzepts« hinter dem Projekt. Doch das Projektdesign, sagte sie, stünde in keinerlei Verbindungen zu Räumungen, da es ausschließlich auf Land gebaut werden sollte, das »zu 100 Prozent dem Meer abgewonnen wird«.

Anfang 2013 traf sich Urbinveste mit der niederländischen Wasserbaufirma Van Oord, um einen Projektplan zu erstellen und am 10. Mai legte die Tourismusagentur der Stadt Luanda dem Präsidenten den »Dos-Santos-Plan« vor. Dieser umfasste das Gebiet Areia Branca, wie aus einem geleakten Bericht der Agentur hervorgeht. Der Präsident gab den Startschuss.

Eine Hochgeschwindigkeitsstraße mit Parkplätzen, Restaurants und einem Geschäftszentrum würde Areia Branca und andere nahegelegene Grundstücke ersetzen, so der Entwurf von Urbinveste und ihren Geschäftspartnern. Dokumente zeigen, dass das Unternehmen mindestens 12 Millionen Dollar von der angolanischen Regierung für die Arbeit an dem Projekt erhalten hat.

Aus Verträgen, Tagesordnungen der Meetings und Planungsunterlagen von Luanda Leaks geht hervor, dass Urbinveste ein internationales Team von Auftragnehmern leitete, darunter auch eine hochkarätige britische Designfirma, Broadway Malyan. Das britische Unternehmen erklärte gegenüber dem Guardian, dass ihm die Vorwürfe von Zwangsräumungen nicht bekannt seien und dass seine Arbeit für das Projekt nicht die Räumung von Anwohnern beinhalte. »Broadway Malyan hat sich verpflichtet, bei allen Arbeiten, die es ausführt, auf verantwortungsbewusste und ethische Weise zu handeln«, so die Firma.

Laut vertraulichen Vereinbarungen sollte Urbinveste als Verbindungsglied zu den Regierungsbehörden fungieren, die von dos Santos beaufsichtigt werden. Urbinveste beschäftigte nur wenige Architekten, Designerinnen oder Expertinnen, wie die Dokumente zeigen, die durch das ICIJ geprüft wurden. Dafür machten Sicherheitspersonal und Fahrer laut einem internen Bericht aus dem Jahr 2017 etwa die Hälfte der Belegschaft des Unternehmens aus. Und von der Straßenplanung bis zum Import von Palmen lief bei der Firma alles über Subunternehmen.



Strandresort in Luftaufnahme. Foto: Dreamstime.com / WJRVisuals

Dos Santos war eng in die Planung eingebunden. Wie aus den Dokumenten hervorgeht, reiste sie beispielsweise im Januar 2014 in das Rotterdamer Büro von Van Oord, um die Ergebnisse der topographischen Untersuchungen zu überprüfen, die nach den Räumungen von Areia Branca durchgeführt wurden. Die für Luandas Stadtumbau zuständige angolanische Regierungsbehörde erteilte Urbinveste und Van Oord später einen 615 Millionen Dollar schweren Auftrag zur Neugestaltung der Küste in der Nähe von Areia Branca. Dies zeigen Bankanweisungen, die beide Unternehmen austauschten.

Als Angolas Finanzministerium signalisierte, dass es möglicherweise nicht über genügend Geld verfüge, um einen Teil des Projekts mit Van Oord zu finanzieren, griff Isabel dos Santos ein. »Ich glaube nicht, dass das ein Problem ist«, schrieb dos Santos einem Assistenten in einer E-Mail, »denn wir werden sofort mit dem Finanzministerium sprechen.«

Van Oord war nicht das einzige beteiligte Unternehmen aus dem Westen. Im Jahr 2015 entwarf die internationale Beratungsfirma KPMG in Portugal einen 99-seitigen Business Case zur Förderung des Projekts in Höhe von 315.000 Dollar. Der Consulting-Riese PwC beriet Urbinveste, wie man Zahlungen an Van Oord über Dubai leiten kön-

ne, um Zugang zu US-Dollar zu erhalten und Steuern zu sparen. Die Kundenberater der kapverdischen Filiale der Banco BIC mit Sitz in Lissabon, die teilweise im Besitz von dos Santos ist, wickelten die Zahlungen an die Projektberater ab.

Van Oord sagte, dass es sich bei dem 615-Millionen-Dollar-Vertrag nur um einen Kostenrahmen handelte und die Unternehmen diesen Betrag nicht erhalten hätten. Von den Vertreibungen habe man erst erfahren, nachdem Trouw und Het Financieele Dagblad, beides niederländische Zeitungen und Partner von ICIJ, Fragen zu den Luanda Leaks gestellt hatten. Die Familien seien vertrieben worden, bevor das Unternehmen ins Projekt involviert wurde, so Van Oord. Es versprach, seinen Einfluss gegenüber der angolanischen Regierung und den Auftragnehmern geltend zu machen, um sicherzustellen, dass die ehemaligen Bewohner und Bewohnerinnen von Areia Branca eine Entschädigung erhielten.

Im Mai 2019 kündigte João Lourenço, der Isabel dos Santos' Vater ersetzte, die Verträge für Luandas Rundumerneuerung, indem er sie als überteuert bezeichnete. Neue Verträge würden Angola 380 Millionen Dollar sparen, sagte ein Beamter der Lourenço-Verwaltung. Dos Santos und Van Oord hingegen bestreiten überzogene Preise.

Elend und lebensgefährlich

Indessen hat sich die Gemeinde Areia Branca nie von den Vertreibungen erholt. Ehen sind gescheitert, die Arbeitslosigkeit angestiegen und einige Kinder nie mehr in die Schule zurückgekehrt, wie Interviews zeigen. Viele Familien ließen sich einige hundert Meter entfernt in einer anderen Welt nieder, in Povoado.

Hunderte leben heute in einem Labyrinth aus Wellblech- und Holzhütten, die von Abwasserkanälen durchzogen sind. Mit jedem Regen steigt das Wasser an und überzieht Böden, Gassen und das notdürftige Fußballfeld im Slum mit einem dunklen Schlamm. »Besser ich als ein Kind«, sagte ein Mann der niederländischen Zeitung Trouw, nachdem er im November letzten Jahres ausgerutscht und in das tiefschwarze Abwasser gefallen war.

Die Anwohnerinnen klagen seit Jahren über Typhus, Infektionen und Durchfall, wie in einem Brief an den Gouverneur von Luanda und den Gesundheitsminister Angolas zu lesen ist. »Wir leben unter schrecklichen Bedingungen«, so die Anwohner in einem Brief an Lourenço aus dem Jahr 2018, in dem sie um Hilfe bitten. »Krankheit und Tod sind dauerpräsent.«

Der französischen Zeitung Le Monde, ebenfalls ICIJ-Partner, sagte Angolas ehemaliger Staatssekretär für öffentliche Investitionen, Mário Rui Pinto Pires, der Luanda-Plan sei bloß ein schlecht konzipiertes »Infrastrukturprogramm, das vergessen hat, die Menschen mitzudenken«.

Lourenço, der derzeitige Präsident Angolas, lehnte es ab, auf die Fragen der ICIJ zu den Vertreibungen und den Beschwerden der Bewohner zu antworten. Stattdessen besteht er darauf, dass seine Regierung mit der Bekämpfung der Korruption beschäftigt ist. Von den Staatsanwälten ist zu hören, dass sie Geld zurückverfolgen, das angeblich von der Familie dos Santos und ihren Mitarbeiterinnen aus dem Land gebracht wurde, und dass sie mit den USA, Großbritannien, der Schweiz, Brasilien, Portugal und dem Kongo zusammenarbeiten. Erst Wochen, nachdem das ICIJ Isabel dos Santos detaillierte Fragen gestellt hatte, fror die angolanische Staatsanwaltschaft ihr Vermögen ein und wies sie an, eine Milliarde Dollar zurückzuführen.

Nach der Veröffentlichung der Luanda Leaks kündigten die portugiesische Staatsanwaltschaft, die Zentralbank und die Aufsichtsbehörde für den Wertpapiermarkt an, ihre Geschäftsbeziehungen zu überprüfen. Dos Santos indes besteht darauf, dass sie nichts falsch gemacht habe, und beschuldigt Lourenço, eine politische »Hexenjagd« zu betreiben.

Areia Branca ist heute eine leere Strandpromenade. Ein einsamer Polizeibeamter scheucht an einem Herbstnachmittag ein paar lärmende Pfadfinder fort, die zum Schwimmen gekommen waren. Wo einst einfache Kähne frische Buntbarsche in ein geschäftiges Dorf brachten, schlagen nun Wellen mit leeren Shampooflaschen, Autositzen und Limonaden-Dosen gegen das verschmutzte Ufer.

Will Fitzgibbon

Übersetzung: Daniel Düster

Der englische Originalbeitrag erschien am 27. Januar 2020 auf der Seite des ICIJ.

https://www.icij.org/investigations/luanda-leaks/luanda-leaks-reveals-thousands-forced-at-gunpoint-from-fishing-community-at-site-of-dos-santos-project/



Der damalige angolanische Vizepräsident Manuel Vicente mit Barack und Michelle Obama im Oval Office. Foto: The White House

Die Macht der zweiten Reihe

Isabel dos Santos mag die prominenteste Vertreterin der angolanischen Kleptokratie sein – die einzige ist sie nicht. Der langjährige Vizepräsident Manuel Vicente, die Generäle »Dino« und »Kopelipa« sowie eine Gruppe treuer Verbündeter haben ein Netzwerk aus Banken und Unternehmen geschaffen, um Staatsgeld unbemerkt ins Ausland zu schaffen. Auf diese Weise haben sie jahrelang die angolanische Bevölkerung systematisch um die Gewinne aus den Ölressourcen betrogen. Doch das Netzwerk ist immer noch intakt und die Betrüger auf ihren Posten.

Das Beispiel Manuel Vicente zeigt, dass auch die zweite Reihe der Macht durchaus lukrativ sein kann. Im Schatten der langen Herrschaft des José Eduardo dos Santos brachte es der diplomierte Elektrotechniker Vicente in einer beeindruckenden Karriere bis an die Spitze der staatlichen Ölgesellschaft Sonangol. Dreizehn Jahre blieb er der Chef des Unternehmens, das sich unter seiner Ägide in den Goldesel für Angolas Elite verwandelte. In dieser Zeit, in die auch das Ende des Bürgerkriegs fiel, konnte Sonangol seine Förderkapazität um gut 250 Prozent steigern und produzierte im Jahr 2010 zwischenzeitlich 92 Millionen Tonnen Erdöl.

Angola war inzwischen zum zweitgrößten Mineralölproduzenten Afrikas hinter Nigeria und zur Nummer 15 weltweit avanciert, als Manuel Vicente 2012 sogar die Vizepräsidentschaft übernahm. Ein lebenslanges Vertrauensverhältnis verbindet Vicente mit seinem ehemaligen Mentor José Eduardo dos Santos. Wie dieser wuchs der Sohn einer Wäscherin und eines Schuhmachers in einfachen Verhältnissen in Luandas Arbeiterviertel Sambizanga auf. Für den vierzehn Jahre jüngeren Vicente übernahm anstelle der Eltern oft dos Santos' älteste Schwester die Fürsorge. Auch durch dieses fast familiäre Verhältnis galt er lange als Thronerbe des Langzeit-Präsidenten, doch an seiner Stelle übernahm 2017 schließlich João Lourenço dessen Nachfolge.

Lourenço und die Wespen

Und Lourenço machte sich seit Amtsantritt daran, die Familie seines Vorgängers, allen voran dessen Tochter Isabel und Sohn José Filomeno dos Santos, von den Schaltstellen der Macht zu verdrängen. Das Zurückdrängen des einstigen Förderers und jetzigen Rivalen dos Santos dient Lou-

Undurchsichtiges Geflecht von Beteiligungen

Um eine Ahnung von dem weitverzweigten Geflecht aus Unternehmen und Institutionen zu bekommen, lohnt sich ein Blick auf eine der Banken, die zu dem Netzwerk um Vicente gehört: die »Internationale Geschäftsbank« BNI (Banco de Negócios Internacional). Mario Palhares, ein enger Vertrauter des Trios, ist hier nicht nur mit 37 Prozent Mehrheitsaktionär, sondern gleichzeitig auch der CEO. Das alleine ist weder illegal noch ungewöhnlich, allerdings war er früher parallel auch der stellvertretende Leiter der angolanischen Zentralbank. Diese gab einen Kredit über 200 Millionen Dollar an die BNI. Dem angolanischen Investigativjournalisten Rafael Marques zufolge nutzte die BNI diesen Kredit jedoch nicht, dem offiziellen Verwendungszweck entsprechend, für sozialen Wohnungsbau. Stattdessen leitete sie das Geld an einige Briefkastenfirmen auf den Kapverden weiter, deren Eigentümer allesamt Anteilseigner der BNI sind. Somit zauberte Palhares als Entscheidungsträger bei der Zentralbank 200 Millionen Dollar aus dem Hut, ließ sie seiner eigenen Bank zukommen und leitete das Geld von dort aus an Mantelfirmen weiter, die ihm selbst und seinen Partnern bei der Bank gehörten. Niemandem fehlte das Geld, denn es kam ja von der Zentralbank, nur die Währung verlor geheimnisvollerweise immer weiter an Wert, und die Menschen konnten sich für das gleiche Geld weniger leisten.

Ähnliches gilt für andere Banken des Netzwerks. An der »Banco Angolano de Investimentos« (BAI) etwa, die bis vor kurzem als größte Geschäftsbank Angolas eingestuft wurde, ist Palhares auch zu fünf Prozent beteiligt und war gleichzeitig lange Zeit der CEO. In seiner Funktion als Vorsitzender von Sonangol war Manuel Vicente ebenfalls zu 8,5 Prozent beteiligt. Damit war er Mehrheitsaktionär und nahm den Platz des stellvertretenden Vorsitzenden ein. Über eine Mantelfirma namens ABL hält er ebenfalls ganz anonym fünf Prozent der profitablen Bank und bekommt entsprechende Dividenden.

Exemplarisch sei auch die kapverdische BPI (Banco Privado Internacional) genannt, an der Vicente 35 Prozent hält, Palhares 20 Prozent und ein weiterer Kompagnon namens João Baptista de Matos 25 Prozent. Der gleiche Matos ist auch zu 11 Prozent Anteilseigner bei der eingangs erwähnten BNI sowie zu fünf Prozent an der BAI beteiligt. Eine weitere Figur namens José Garcia Boyol hält die restlichen 10 Prozent der kapverdischen BPI sowie 5 Prozent an der BNI, bei der er zudem stellvertretender Vorsitzender ist. Ohne einen Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, und auch ohne dass es notwendig wäre, sich alle Namen der Protagonisten und Banken zu merken, veranschaulicht dieser Einblick in das angolanische Bankenwesen, wie sich die beschriebenen personellen Verflechtungen darstellen.

renço neben der Konsolidierung seiner Macht zudem als Aushängeschild seines – vermeintlichen oder wirklichen – Kampfes gegen die Korruption im Land. Tatsächlich ist der Kampf gegen die »marimbondos« (Wespen), wie Lourenço die korrupten Politiker immer wieder bezeichnete, ein zentrales Wahlversprechen und weckte im In- und Ausland Hoffnungen auf einen Wandel hin zu mehr Demokratie und Integrität.

Wie weit Lourenços Wille oder Macht reicht, die „Wespen“, abgesehen von der Familie dos Santos, wirklich von ihren Posten zu entfernen, ist derzeit noch völlig offen. Für Vicente verlief der Machtwechsel in der ersten Reihe bis jetzt jedenfalls einigermaßen glimpflich. Als Kongressabgeordneter und Mitglied des Zentralkomitees der Regierungspartei MPLA bekleidet er weiterhin hohe Ämter in Partei und Staat. Darüber hinaus hat er als Sonderberater des Präsidenten für Ölfragen immer noch einen direkten Zugang zum Präsidentenpalast. Auch sein weites und unübersichtliches Firmenimperium blieb bislang weitgehend intakt.

Nachforschungen des »Organized Crime and Corruption Reporting Project« (OCCRP) brachten nun etwas Licht in das Dunkel seiner Geschäfte. Diese zeigen, dass Isabel dos Santos zwar die reichste Frau Afrikas sein mag – Vicente aber ist noch immer der reichste Mann Angolas und Schätzungen zufolge übersteigt sein Vermögen sogar noch das Ihre.

Ein einflussreiches Trio

Die Recherchen des OCCRP enthüllen ein beeindruckendes und verwirrendes Geflecht aus Firmen und Banken, das Manuel Vicente gemeinsam mit einigen Vertrauten

errichtet hat. Neben Manuel Vicente kommt dabei vor allem den beiden Generälen Leopoldino »Dino« Fragoso do Nascimento und Manuel Hélder Vieira Dias Júnior, genannt »Kopelipa«, eine Schlüsselrolle zu (der Einfachheit halber werden die beiden im Folgenden nur bei ihren Spitznamen genannt). Dieses Trio wird in Angola sogar häufig als das »Triumvirat« bezeichnet. Ex-General Dino war unter Präsident dos Santos neben seinen militärischen Funktionen fünfzehn Jahre lang Staatsminister und Vorsitzender des Kommunikationsdienstes, ferner ist er einer der erfolgreichsten Geschäftsmänner des Landes – u.a. ist er Geschäftspartner des großen internationalen Metall-Konzerns Trafigura. General Kopelipa war unter dos Santos jahrelang Chef verschiedener Geheimdienste, besitzt einen Medienkonzern, zu dem eine Tageszeitung, ein Radiosender und Angolas bislang einziger Privatsender »TV Zimbo« gehören. Er ist noch immer Chef der Präsidentengarde.

Diese Drei sind die Kerngruppe von etwa einem Dutzend einflussreicher Regierungsbeamter samt ihrer Familien, die das Netzwerk bilden und nutzen. Dabei tauchen die gleichen Namen immer wieder an verschiedenen Positionen bei den jeweiligen Banken und Unternehmen des Netzwerkes auf. Mal fungiert bei einer Firma der eine als CEO, ein anderer als Aufsichtsrat, ein weiterer als Stellvertreter – dann wieder ist bei der nächsten Firma der eine ein Anteilseigner, der andere der CEO, der dritte der Aufsichtsrat und der nächste ein Auftragnehmer. In endlosen Variationen dieses Vater-Mutter-Kind-Spiels der Korruption hat sich die Clique einen Anschein von Legalität gewahrt, um beachtliche Summen außer Landes zu schaffen und wiederum in die eigenen Geschäfte zu investieren.

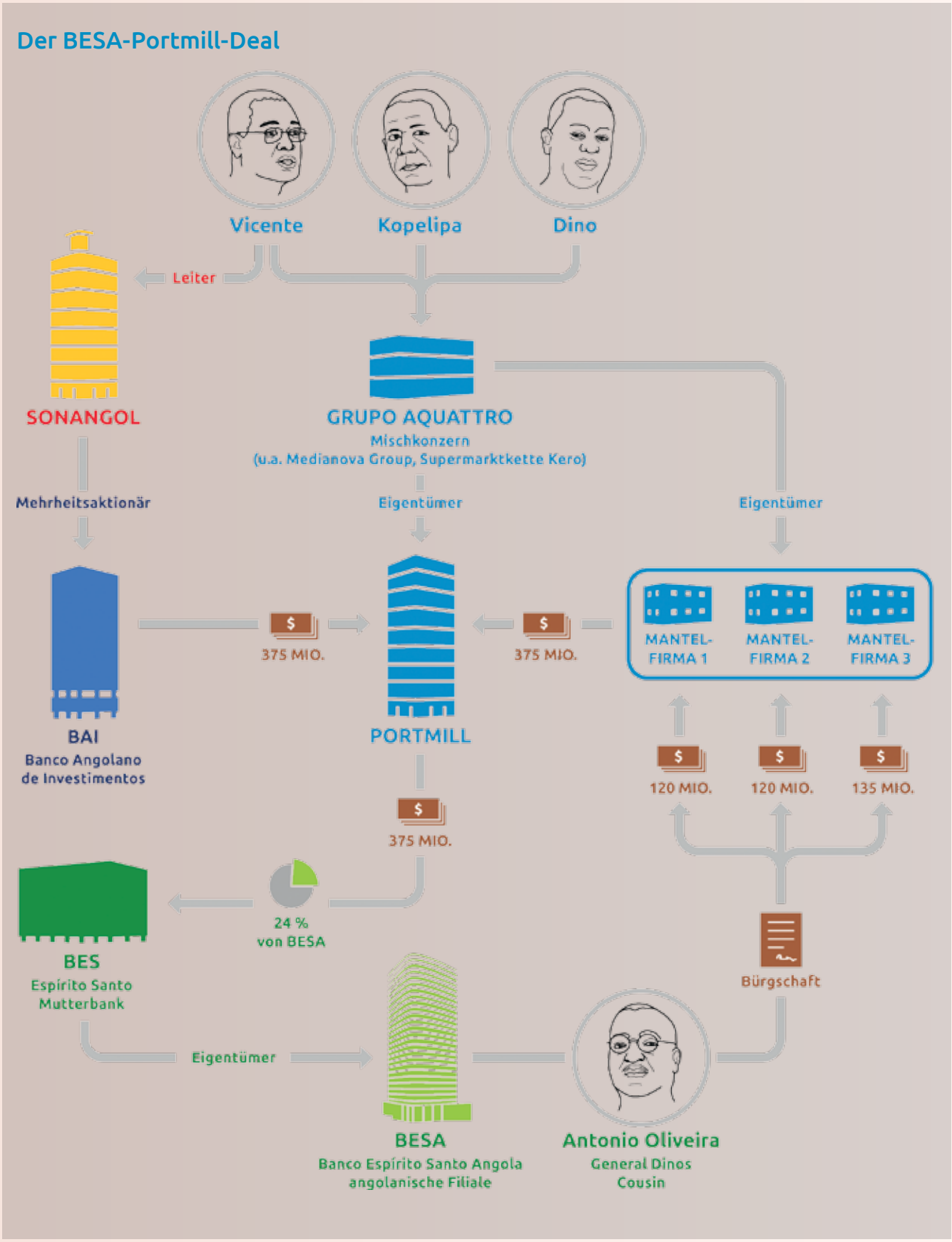
Odebrecht und die Zuckerbäcker

Das Herzstück bei all diesen Geschäften ist das eingangs erwähnte staatliche Mineralölunternehmen Sonangol, dem Manuel Vicente jahrelang vorstand. Sonangol erwirtschaftete bis zum jüngsten Einbruch der Ölpreise durch die Corona-Krise weit über 90 Prozent der Exporteinnahmen bzw. mindestens 75 Prozent der angolanischen Devisen, wie das OCCRP konstatiert. Laut dem Oxford-Professor Ricardo Soares de Oliveira, der von dem Journalismus-Projekt zitiert wird, hat Manuel Vicente die Erdölgesellschaft nachhaltig verändert. Von einem Staatsunternehmen mit recht klar umrissenem Geschäftsbereich habe er die Unternehmensstruktur in ein Labyrinth aus international agierenden Tochtergesellschaften und Joint Ventures verwandelt, das heute weit jenseits des Ölsektors operiert.

Geradezu beispielhaft ist ein Fall aus dem Jahr 2007, in den Sonangol, der brasilianische Großkonzern Odebrecht und drei gewisse Personen aus dem näheren Umfeld des Präsidenten involviert sind. Odebrecht und Sonangol hatten das Konsortium BIOCOM gegründet, um in den Zuckerrohranbau in der nördlichen Provinz Malanje zu investieren. Ziel war es, Zucker, Alkohol und Elektrizität zu produzieren. Zu 40 Prozent beteiligte sich der Mischkonzern Odebrecht, zu 20 Prozent eine Tochterfirma von Sonangol und zu 40 Prozent ein frisch gegründetes Unternehmen namens Damer Indústrias. Hinter Damer standen laut Rafael Marques zu gleichen Teilen Manuel Vicente, Dino und Kopelipa, die die Gesellschaft über ein paar Strohfirmen kontrollierten. Zwei Jahre später machten sie ihren Einfluss in der Regierung geltend – Kopelipa saß als Staatsminister und Vicente als Sonangol-Vorsitzender mit am Kabinettstisch –, um das BIOCOM-Projekt staatlich zu fördern. So erhielt ein Joint Venture, an dem sie zu 40 Prozent beteiligt waren, 272 Millionen Dollar aus der Staatskasse. Dieses Geld stammte letztlich zu einem überwiegenden Teil aus den Einnahmen von Sonangol selbst.

Der Fall zeigt deutlich, wie ein einflussreicher Führungszirkel seine Macht missbraucht, um öffentliche Gelder in seine privaten Unternehmen zu lenken. Diese Unternehmen sind jedoch häufig reine Investmentgesellschaften, deren Geschäftsmodell in der Regel nicht ohne äußere Investitionen von Kapital und Know-how auskommt. Der ausländische Investor erkauft sich daher den Zugang zur gewünschten Ressource, in diesem Fall die Ackerfläche zur Zuckerrohrproduktion, indem er die lokalen Entscheidungsträger etwa über dubiose Joint Ventures an den Profiten beteiligt. Im vorliegenden Beispiel gingen 40 Prozent an den Investor, 40 Prozent an die lokalen Eliten und 20 Prozent an den angolanischen Staat, nicht ohne dass sich die lokalen Eliten nach zwei Jahren jedoch noch einen Bonus in Höhe von einer Viertelmilliarde Dollar vom Staat holten. Der Investor war in diesem Fall – als Exempel einer gelungenen Süd-Süd-Kooperation – ein brasilianischer Großkonzern, doch in der Regel sind es westliche oder chinesische Firmen. In den kommenden Jahren brachte das Zuckerrohrprojekt dem Konsortium gute Gewinne ein, allerdings wurde Odebrecht später wegen der Arbeitsbedingungen in Malanje verurteilt, die das brasili-

Der BESA-Portmill-Deal



Darstellung: Jan Philipp Huss

anische Gericht als »sklaverei-ähnlich« bezeichnete. Von den 10 Millionen Dollar Strafe, zu denen der Multi verurteilt wurde, kam jedoch nichts bei den 400 Arbeitern in Angola an.[1]

Der BESA-Portmill-Deal

Anhand der veröffentlichten Fakten hat u.a. das Journalismus-Kollektiv ICIJ (International Consortium of Investigative Journalists) bereits viele Seiten damit gefüllt, das gesamte Netzwerk der angolanischen Kleptokratie auszuleuchten und viele Einzelfälle von Betrug, Vorteilsgewährung, Nepotismus, Bestechung und Menschenrechtsverletzungen aufzuarbeiten. An dieser Stelle können also lediglich einige Beispiele dieser Praktiken angeführt werden, denn der portugiesischen Ex-Europaabgeordneten Ana Gomes zufolge ist das, was man heute weiß, wahrscheinlich kaum mehr als die Spitze des Eisbergs. Um also eine Vorstellung von der kriminellen Energie zu bekommen, die Vicente, Dino, Kopelipa und ihre Kompagnons aufbrachten, betrachten wir beispielhaft den Fall der BESA. Diese Tochterbank des ehemaligen portugiesischen Kreditinstituts BES wird zunächst teilweise verkauft, gerät dann in den Bankrott, wird gerettet, geteilt, umbenannt – und am Ende steht immer das Trio als Sieger dar.

Stellen Sie sich vor, Sie wollen Anteile an einer Bank erwerben. Sie möchten knapp ein Viertel der Bank kaufen, für 375 Millionen Dollar. Doch anstatt diese 375 Millionen einfach zu bezahlen, bekommen Sie von derselben Bank, die Sie kaufen wollen, einen zinsgünstigen Kredit in Höhe von 375 Millionen, um damit ihre Anteile zu erwerben. Und obendrein bekommen Sie von einer anderen Bank noch einmal den gleichen Betrag als Darlehen rückerstattet. Dieses Schlaraffenland ist Angola inmitten der Finanzkrise des Jahres 2009 und die Herren, die sich die Brathähnchen in den Mund fliegen lassen, heißen, kaum verwunderlich, Manuel Domingos Vicente, General Dino und General Kopelipa. Doch wie haben sie das geschafft?

Im Jahr 2009 gerät die portugiesische Traditionsbank BES (Banco Espírito Santo) durch die Erschütterungen der internationalen Finanzmärkte ins Trudeln. Um sich mehr Liquidität zu verschaffen, verkauft die Bank 24 Prozent ihrer angeschlagenen angolanischen Tochter BESA (Banco Espírito Santo Angola), die auf vielen faulen Krediten sitzt. Ein Käufer findet sich rasch, es ist eine unbekannte angolanische Aktiengesellschaft namens »Portmill Investimentos e Telecomunicações«. Wie der angolanische Recherchejournalist Rafael Marques berichtet, ist Portmill wiederum ein Tochterunternehmen von »Grupo Aquattro«. Dino, Kopelipa und Vicente sind die Eigentümer dieses Mischkonzerns, aus dem in den Jahren 2007 und 2008 noch ca. 40 weitere Tochterfirmen gegründet wurden, darunter auch große Firmen und Gruppen wie die Medianova Group oder die Supermarktkette Kero.

Somit geht der Verkauf der BESA-Anteile an eine formell eigenständige Firma, die letztlich aber Dino, Kopelipa und Manuel Vicente untersteht. Unter den 40 Tochterfirmen von »Grupo Aquattro« hat die Tochter Portmill allerdings noch drei »Schwesterfirmen«, mit denen sie nicht ganz zufällig die Adresse in Luanda, nämlich ein Apartment in der Rua Luís Mota Fêo Nr. 3, teilt. Man kann diese Firmen also mit einiger Berechtigung als Briefkastenfirmen bezeichnen.

Am 20. November 2009 bewerben sich diese drei Scheinfirmen jeweils um ein Darlehen bei BESA. Die »große Schwester« Portmill bürgt für die drei Firmen und eine Woche später erhalten zwei der Firmen jeweils 120 Millionen überwiesen, die dritte 135 Millionen – insgesamt also einen Summe von 375 Millionen Dollar. Innerhalb von wenigen Stunden nach Eingang der Zahlung heben alle drei Firmen das Geld ab, und am gleichen Tag noch geht der gleiche Betrag bei Portmill ein. Als Bürge für die Millionen-Kredite an die drei Strohfirmen fungierte übrigens Rafael Marques zufolge António Carlos Oliveira, ein Cousin von General Dino. Die Briefkastenfirma Portmill, die indirekt dem Trio gehört, erhält also über drei weitere Briefkastenfirmen, die ebenfalls dem Trio gehören, ein Darlehen von BESA, um sich damit einen Anteil von BESA zu kaufen. Darüber hinaus erhalten sie von einer anderen Bank, der BAI (Banco Angolano de Investimentos), an der Manuel Vicente über Sonangol mit einem Anteil von 8,5 Prozent auch Hauptaktionär war (neben den fünf Prozent, die er privat über die Mantelfirma ABL hielt), einen weiteren Kredit in Höhe von 375 Millionen Dollar. Dieser Betrag war offiziell ebenfalls zum Anteilskauf bei der BESA bestimmt, über den Verbleib der Summe ist jedoch bislang nichts Weiteres bekannt.

Warum das Ganze? Denn, wie Rafael Marques richtigerweise anmerkt, kam diese vermeintliche Kapitalspritze doch in erster Linie der strauchelnden Mutterbank BES in Portugal zugute. Obwohl man nur mutmaßen kann, scheint es plausibel, dass das Trio nicht nur eingriff, um

seinen alten Geschäftspartner Ricardo Salgado, CEO der BES Portugal, nicht hängen zu lassen. Zu groß waren wohl die Befürchtungen, ein Bankrott der BES könnte auch die BESA mit herabziehen, an der letztlich zu viele Eigeninteressen der Drei hingen. So war etwa General Dino über das Unternehmen Geni Novas Tecnologias, bei dem er mit 62 Prozent Mehrheitsaktionär ist, selbst mit 19 Prozent Aktionär bei BESA. Sicherlich wäre ein Konkurs von BES und BESA nicht in seinem Interesse gewesen. Mit dem scheinbar frischen Kapital ausgestattet stieg überdies der Wert der Bank wieder an.[2] Außerdem wollte Dino gewiss Verluste für sein Unternehmen Dinagest verhindern, das dort Einlagen von 300 Millionen Dollar hatte. Darüber hinaus wurden die Drei mit einem Mal einer der wichtigsten Aktionäre bei der BESA, immerhin eine der größten Banken des Landes.

Um es nochmals kurz zusammenzufassen: Die drei Kompagnons haben sich Kredite in Höhe von 0,75 Milliarden US-Dollar von zwei Banken beschafft, bei denen sie wichtige Aktienpakete halten, um von der Hälfte dieser Kredite ihren Anteil an der ersten Bank, der BESA, zu erhöhen. Damit konnten Sie ihre Anteile und Einlagen an der Bank schützen, ihren Einfluss in der Bank ausbauen und hatten obendrein noch die andere Hälfte der Kredite übrig, um sie anderweitig zu investieren.

Doch damit ist die Geschichte noch nicht vorbei, denn erwartungsgemäß änderte die BESA ihr Geschäftsgebaren nicht. Das »Geschäftsmodell« der Bank, die die Europapolitikerin Ana Gomes lapidar als »Sparschwein für Angolas Oberschicht« bezeichnete, bestand nämlich weiterhin darin, ohne Prüfungen Kredite an die Elite und ihre Familienangehörigen zu vergeben. Die Bank war also wahrscheinlich von vornherein nicht dafür geschaffen, Gewinne zu erwirtschaften, sondern – bis zum Zeitpunkt der Insolvenz, den man so weit wie möglich aufschob – Geld an die Mächtigen im Land zu verteilen, um sich selbst die Taschen zu füllen oder um Gefälligkeiten zu erweisen und sich auf diese Weise Loyalität einzukaufen. Auf diese Weise veruntreute die Bank 80 Prozent ihres Kapitals, sodass 2014 ein Loch von mindestens drei Mrd. Euro in den Geschäftsbüchern der Bank klaffte. Unter anderem dadurch geriet die Mutterbank BES in Portugal erneut in erhebliche Turbulenzen, auch wenn die Verantwortung dafür keineswegs nur in Angola lag. Die BES musste schließlich vom portugiesischen Staat gerettet werden und zog sich in der Folge unter entschädigungsloser Aufgabe ihrer Anteile aus ihrer Tochterbank in Angola zurück. So musste die BESA schließlich doch liquidiert werden.

Man spaltete die Bank auf: Es wurde eine neue Bank namens »Banco Económico« (BE) gegründet, auf die die gesunden Geschäftsanteile entfielen, während die BESA als »Bad Bank« auf ihren faulen Krediten sitzen blieb und abgewickelt wurde. An dieser Stelle trat wiederum ein neues, unbekanntes Unternehmen namens »Lektron Capital« auf den Plan und erhielt 31 Prozent der Anteile der neuen Bank. Sein Geschäftsführer heißt Zandré Endénio de Campos und war bereits Geschäftsführer von Portmill, der Briefkastenfirma vom Trio Vicente, Dino und Kopelipa. Und das ist kein Zufall. Obwohl das Trio dies stets geleugnet hatte, bestätigte die angolanische Staatsanwaltschaft im Juni 2019, dass die Endbegünstigten der

> Manuel Vicente und seine Freunde nahmen die Einnahmen ihres Landes aus dem Erdölgeschäft und gaben sie an ihre eigenen Firmen weiter, um davon eine Bank zu retten und zu übernehmen, die sie zuvor systematisch in den Ruin getrieben hatten.

Firma Lektron drei wohlbekannte Politiker waren: Manuel Vicente und die beiden Generäle, die sich nicht mal die Mühe gemacht hatten, für ihre neue Strohfirma einen neuen Strohmann zu suchen. So blieb Zandré de Campos auf seinem Posten, nur dass er jetzt anstelle von Portmill das Mäntelchen von Lektron Capital trug und seine Bank nun Banco Económico hieß und nicht mehr BESA.

Einen Unterschied gab es aber: Der Anteil von Lektron an BE beträgt noch heute 31 Prozent anstelle der 24 Prozent, die Portmill an BESA hielt. Um sich selbst für die entstandenen Kosten zu entschädigen, die der höhere Anteil mit sich brachte, wählte man einen einfachen Trick. Als Leiter der Erdölgesellschaft Sonangol überwies Manuel Vicente kurzerhand einen »Gründungszuschuss« in Höhe von 125 Millionen Dollar an seine Strohfirma Lektron. Außerdem übernahm Sonangol die gesamten Kosten in Höhe von 650 Millionen Dollar, die zur Transformation der insolventen BESA in die neue Banco Económico anfielen. Daneben bezahlte das Staatsunternehmen nicht nur die eigenen Anteile in Höhe von 40 Prozent, sondern auch

Operation Fizz



Die ehemalige Europaabgeordnete Ana Maria Gomes. Foto: European Union 2012 - EP / cc: by-sa

Unter dem Namen »Operação Fizz« wurde in Portugal 2014 ein Justizskandal publik. Der Staatsanwalt Orlando Figueira von der Zentralstelle für Untersuchungen und Strafverfolgung hatte erwiesenermaßen einen Betrag von 763.000 Euro angenommen, um im Gegenzug laufende Ermittlungen fallenzulassen. Die zu unterlassenden Ermittlungen betrafen den Verkauf von Anteilen der BESA an das Unternehmen Portmill. Daher zählte Manuel Vicente logischerweise zu den Hauptverdächtigen für die Bestechung und wurde schließlich auch dafür in Abwesenheit verurteilt.

Allerdings äußerte Ana Gomes zufolge der Staatsanwalt Figueira sowohl vor Gericht als auch ihr im Gespräch gegenüber eine andere Version der Geschichte: Nicht Manuel Vicente habe ihn bestochen, sondern zwei Mittelsmänner, über die das Schmiergeld vermittelt werden sollte. Diese Mittelsmänner waren der bekannte portugiesische Anwalt Daniel Proença de Carvalho und der CEO von BNI Europe (die Tochterbank von BNI Angola unter der Leitung von Mario Palhares), Carlos Silva, die auf Geheiß von Isabel dos Santos handelten, um somit ihren Rivalen Manuel Vicente in Europa in Misskredit zu bringen und seine mögliche Präsidentschaft zu verhindern. »Trotz dieser schweren Anschuldigungen wurden aber weder Proença de Carvalho noch Silva rechtlich belangt. Ich war mehrmals im Fernsehen und habe öffentlich gefragt, warum sie nicht vorgeladen werden, aber anscheinend genießen sie in der Judikative Schutz«, so Ana Gomes.

Ob es sich hierbei um eine bloße Nebelkerze des Staatsanwalts handelt oder um einen ernstzunehmenden Vorwurf, bleibt unklar. Doch gleichgültig, ob Figueira zuletzt die Wahrheit gesagt hat oder nicht, ist dieser Fall ein Beleg für die Rivalität zwischen Isabel dos Santos und Manuel Vicente. Denn entweder hatte Figueira Recht und Isabel dos Santos wollte Vicente schaden – oder er hat gelogen und wollte Vicentes Reputation zulasten der Präsidententochter schützen.

die Anteile von Geni Novas Tecnologias (19 Prozent), das ja, wie erwähnt, ebenfalls General Dino gehört. Vicente und seine Freunde nahmen also die Einnahmen ihres Landes aus dem Erdölgeschäft und gaben sie an ihre eigenen Firmen weiter, um davon eine Bank zu retten und zu übernehmen, die sie zuvor systematisch in den Ruin getrieben hatten.

Dies alles geschah nicht nur zum Schaden der Bürgerinnen und Bürger Angolas, sondern auch, wie Rafael Marques betont, zum Nachteil Portugals. Von den 78 Milliarden, die sich Portugal unter der Aufsicht der Troika leihen musste, gingen 12 Milliarden an die Banken, fünf davon an die BES. Als sich die finanzielle Lage der Bank 2014 bis hin zu einer drohenden Insolvenz zuspitzte, griff der portugiesische Staat der BES mithilfe europäischer Kredite unter die Arme und rettete sie für 4,9 Milliarden Euro. Für Portugal war dies eine gewaltige Summe, die mehr als zwei Prozent des jährlichen BIP ausmachte (in Deutschland entspricht das ca. 80 Milliarden Euro). Allerdings tragen zahlreiche Akteure der ehemaligen Kolonialmacht ebenso viel Verantwortung für die Korruption wie die berüchtigte angolanische Kleptokratie. Niemals hätte die angolanische Tochter BESA so handeln können, wie sie gehandelt hat, wenn nicht die »Mutter«, die altehrwürdige Banco Espírito Santo in Lissabon, beide Augen fest zugedrückt hätte. Deren einstiger Chef und Urenkel des Bankengründers, Ricardo do Espírito Santo Salgado, hatte

das Familienunternehmen und ehemals zweitgrößte portugiesische Kreditinstitut, das er gemeinsam mit seinem Onkel und seinem Cousin leitete, durch schwerwiegende Korruption seinerseits in den Bankrott getrieben.[3] Auch den ehemaligen Vorsitzenden der BESA, Álvaro Sobrinho, der während seiner Amtszeit etwa 600 Millionen Dollar veruntreut und somit maßgeblich zum Bankrott der Bank beigetragen hatte, hatte Salgado persönlich ernannt und protegiert.

Doch auch andere Akteure kommen laut Ana Gomes nicht gut dabei weg. Der Troika, die damals u.a. die Bankenaufsicht in Portugal an sich gezogen hatte, wirft sie vor, mutwillig weggesehen zu haben, während europäisches Recht gebrochen wurde. Auch die anderen portugiesischen und europäischen Behörden hätten versagt und trotz ihrer zahlreichen Beschwerden nicht reagiert. »Es hätte ihnen nicht gleichgültiger sein können«, äußerte Gomes resigniert. Doch nicht zuletzt die portugiesische Justiz blieb auffällig unauffällig. Hohe Wellen schlug es in Portugal, als bekannt wurde, dass der portugiesische Staatsanwalt Orlando Figuira mit ca. 750.000 Euro bestochen wurde, um von einer strafrechtlichen Verfolgung Manuel Vicentes wegen des BESA-Portmill-Deals abzusehen. Dieser spektakuläre Korruptionsfall reiht sich jedoch nur ein in eine Kette von Ereignissen, bei denen die portugiesische Justiz trotz vorliegender Hinweise nicht tätig wurde, die Aufnahme von Untersuchungen zum BESA-Portmill-Deal zunächst verschleppte und den Fall schließlich 2015 zu den Akten legte. Die Begründung des zuständigen Staatsanwalts Matos, die alle weiteren Umstände geflissentlich ignorierte, lautete damals: »Portmill zeigte, dass es ein Darlehen über 375 Millionen Dollar von der Angolanischen Investmentbank BAI erhalten hatte, um die Aktien [der BESA] am 7. Dezember 2009 zu erwerben.« Er urteilte daher, es lägen keine weiteren Informationen vor, um eine weitere Untersuchung der Umstände zu rechtfertigen.

Inzwischen ist Vicente zwar in Portugal rechtskräftig verurteilt, doch Angola weigert sich, den ehemaligen Vize-Präsidenten auszuliefern. Und selbst wenn man darin übereinstimmt, dass die Auslieferung eines hochrangigen Politikers an die einstige Kolonialmacht einen unangenehmen Beigeschmack hätte, so fällt doch auf, dass die eigene Generalstaatsanwaltschaft in Luanda bislang keinerlei Schritte unternimmt, Vicente und seine Clique unter die Lupe zu nehmen. Zu gut vernetzt und zu tief verwurzelt in den bestehenden Machtstrukturen sind das Trio und seine Komplizen, als dass ein Wechsel an der Spitze sie ernstlich erschüttern könnte, ohne einen entschlossenen Machtkampf auszutragen.

Und während die glamouröse Isabel dos Santos mitsamt ihrer illustren Familie in Ungnade gefallen ist und es sogar im Westen in die Schlagzeilen geschafft hat, fliegt ein Großteil der ehemaligen und aktuellen Elite weiter unter dem Radar. Ob die gegenwärtige Corona-Krise, die Präsident Lourenço derzeit eher zu schaden als zu nützen scheint, neben allen anderen Kollateralschäden auch den Protagonisten der alten Ordnung wieder mehr Auftrieb verleiht, werden die kommenden Monate zeigen.

Daniel Düster

Fußnoten

1 Bereits früher ist es im Rahmen von Odebrechts Investitionen in die Diamantenförderung in Angola zu schweren Menschenrechtsverletzungen gekommen. Laut Deutscher Welle und Rafael Marques wurden Fälle von Vergewaltigung, Folter und Mord an Dorfbewohnerinnen und Bergleuten dokumentiert. Im Rahmen des großen Korruptionsskandals »Lava Jato« (»Waschanlage«) in Brasilien wurde außerdem enthüllt, dass Odebrecht 20 Millionen Dollar an ein Regierungsmitglied in Angola gezahlt hat, dessen Name jedoch nicht veröffentlicht wurde. Odebrecht unterhielt offenbar eine eigene Unternehmensabteilung für »strukturierte Operationen«, wie die Bestechungsgelder an ausländische Entscheidungsträger verklausuliert wurden.

2 Rafael Marques führt als Vergleich den Fall der Bank Lehman Brothers an, die angesichts einer immer ausweglogeren finanziellen Lage im Jahr 2008 begann, illegal Kredite für den Kauf der eigenen Aktien zu gewähren, um verzweifelt eine Wertsteigerung zu bewirken. Wenige Monate später war das Institut bankrott.

3 Zur Schieflage führte vor allem die Verschleierung von Verlusten der Finanzholding ESI (Espirito Santo International) in Höhe von 1,3 Mrd. Euro durch Ricardo Salgado. Das Geld war großteils an eine Mantelgesellschaft in der Schweiz geleitet worden, über die Salgado heimlich das Firmennetzwerk seiner Familie finanzierte. Als Rioforte, eine Unternehmensgruppe aus diesem Geflecht und Hauptschuldner der BES, in finanzielle Schwierigkeiten geriet, vertuschte Salgado dies solange, bis Rioforte Konkurs anmeldete und die BES als ihre Gläubigerin mit sich in die Insolvenz zog.



An Geldwäsche sind keineswegs bloß sogenannte Steuerparadiese beteiligt. Foto: Dreamstime.com / Gorlov

»Deutschland ist ein Geldwäsche-Zentrum in Europa«

Interview mit dem Europaparlamentarier Sven Giegold

Sven Giegold sitzt seit 2009 für Bündnis90/Die Grünen NRW im Europäischen Parlament. Der Sprecher der deutschen Grünen im Europaparlament und Obmann der grünen Fraktion im Ausschuss für Wirtschafts- und Finanzpolitik engagiert sich seit Jahren gegen Geldwäsche und für die Einrichtung einer europäischen Anti-Geldwäschebehörde.

Immer wieder hört man, dass korrupte Politikerinnen und Politiker Geld aus ihren Ländern abziehen, indem sie es in Steueroasen leiten: Wie genau funktioniert so etwas?

Sven Giegold: Da gibt es natürlich verschiedene Wege. In der Regel werden Briefkastenfirmen-Konstruktionen aufgesetzt und dann zahlen Akteure, die vom Staat profitieren, entsprechend hohe Beträge an diese Briefkastenfirmen. Das ist der normale Weg, um Geld außer Landes zu schaffen. Also nehmen Sie an, Sie brauchen eine Genehmigung, dann zahlt das entsprechende Unternehmen – oder eine mit diesem Unternehmen verknüpfte Privatperson – hohe Beträge an die Briefkastenfirma der politischen Entscheidungsträger. Sodass diese Geldtransaktionen gar nicht direkt auf ein Konto des Politikers gehen, sondern an eine Briefkastenfirma, deren wirtschaftlicher Eigentümer nicht ordentlich überprüft wurde oder anderweitig verschleiert wurde. Theoretisch haben wir weltweit Gesetze, die verhindern sollen, dass politisch exponierte Personen, sogenannte PEPs, sich so ohne weiteres in die Eigentümerschaft von solchen Briefkastenfirmen mit hohen Zahlungseingängen bringen können. Aber es gibt immer wieder Banken und Länder, bei denen das nicht ordentlich überprüft wird und man kann sich natürlich auch immer Strohmänner besorgen. Frauen sind in diesem ganzen Geschäft deutlich unterrepräsentiert, deshalb bleibe ich beim männlichen Geschlecht.

Inwieweit sind europäische Akteure in die Luanda Leaks involviert?

Ich bin kein Experte für die Luanda Leaks. Alles was ich dazu weiß, weiß ich auch aus den Medien. Was ich aber

zu der deutschen Seite ganz klar sagen kann: Dass KfW-Ipex diesen Kredit vergeben hat, verweist auf ein großes Problem im Bereich des Engagements von Förderbanken. Diese haben, weil sie ja staatliche Entwicklungsbanken sind, überdurchschnittlich viel mit PEPs zu tun. Das liegt in der Natur der Geschäfte, die sie machen. Vor wenigen Tagen wurde ja aufgedeckt, dass die europäische Investitionsbank – als größte Investitionsbank neben der KfW – bei der Überprüfung von Kundenkontakten offensichtlich sehr lax mit ihren Sorgfaltspflichten umgegangen ist. Und das bedeutet, dass sie seit rund zwanzig Jahren, seitdem es diese strengen Regeln gibt, bei vielen Geschäften alle Hühneraugen zugedrückt haben. Man muss die gleiche Vermutung bei der KfW haben, daher ist aus deutscher Sicht für mich das Zentrale, nicht nur diesen Fall zu überprüfen. Stattdessen muss man ex-post prüfen, ob die Sorgfaltspflichten gerade im Bereich Entwicklungsfinanzierung durch die Banken eingehalten wurden und es einmal mit einem eigenen Audit untersuchen und diesen Audit dann auch veröffentlichen. Das ist für mich zentral. KfW und EIB müssen das unverzüglich auf den Weg bringen. Und ich fürchte, dass dann noch einige weitere Luanda Leaks zutage gefördert würden, wenn man das ernsthaft macht. Für mich ist das nur die Spitze des Eisbergs, die da aufgedeckt wurde.

Sie haben ja gerade über sogenannte PEPs gesprochen. Gibt es da ein besonderes Verfahren oder Gesetze, wie mit diesen Personen umzugehen ist?

Ja natürlich, die Gesetzeslage ist ganz eindeutig. Ich selbst bin ja auch eine politisch exponierte Person, genau wie die meisten Politikerinnen und Politiker. Sobald wir irgendwelche Bank- oder Finanzgeschäfte machen, sieht das europäische und internationale Recht vor, dass verschärfte Prüfungen erfolgen müssen. Ich gebe Ihnen mal ein Beispiel: Wir, das heißt meine Familie, haben hier einen alten Resthof gekauft und einen Teil aus Eigenmitteln finanziert und einen Kredit aufgenommen. In diesem Moment muss mich die Bank fragen: „Wo haben Sie eigentlich Ihr Geld her?“ Sie muss dann prüfen, ob meine Eigenmittel in einem ordentlichen Verhältnis zu meinem Einkommen stehen. Und wenn das nicht in einem Verhältnis steht, dann dürfen die so ein Geschäft nicht machen. Das war die Kreissparkasse hier, und die hat das ganz ordentlich gemacht. Aber die KfW-Ipex bei Isabel dos Santos offensichtlich nicht. Im Gegenteil hat die KfW-Ipex ihre Sorgfaltspflichten ausgelagert an eine angolanische Bank, die wieder selbst im Zusammenhang mit der Familie stand. Das ist natürlich eine eklatante Verletzung der Sorgfaltspflicht und es ist davon auszugehen, dass das nicht nur einmal passiert ist. Daher fordere ich eine umfassende Prüfung nicht nur in dem einen Fall, sondern eine Prüfung der Einhaltung der Sorgfaltspflichten in der Vergangenheit, mindestens seit die Geldwäsche-Regeln auf europäischer Ebene verschärft wurden, und das war 2007. Die sogenannte Anti-Geldwäsche-Richtlinie III sieht nämlich vor, dass bei PEPs verschärfte Sorgfaltspflichten gelten.

Beabsichtigen die Grünen oder andere Parteien, ebenfalls Schritte zu unternehmen? Oder gibt es Initiativen der europäischen Grünen oder anderer Fraktionen für Gesetze, die Geldwäsche erschweren?

Nach den Vorwürfen gegen die Europäische Investitionsbank habe ich auf europäischer Ebene natürlich verlangt, dass ein entsprechender Audit durchgeführt wird, und ich werde das auch im Parlament zum Thema machen. Auf deutscher Ebene müssten Sie die Kolleginnen und Kollegen im Bundestag fragen. Da bin ich nicht der Pressesprecher – zwinkersmiley. Ich kann Ihnen nur eins sagen: Wir werden weiter auf eine Verschärfung der Geldwäscheregelungen drängen und eine ganz zentrale Sache dabei ist, dass diese Sorgfaltspflichten auf nationaler Ebene überprüft werden. Die weltweiten Standards im Rahmen der FATF (Financial Action Task Force on Money Laundering) werden übersetzt in europäisches Recht. Das ist in dem Fall die Anti-Geldwäsche-Richtlinie; wir sind inzwischen bei der fünften Gesetzesnovelle dieser Richtlinie. Allerdings obliegt die Durchsetzung dieser Regeln den nationalen Behörden. Das Problem ist, dass hier Wettbewerb herrscht, d.h. jeder Standort sieht zu, es nicht zu streng zu machen, damit die Geschäfte eher im eigenen Land als woanders getätigt werden. Dies führt eben dazu, dass viele Länder – und dazu zählt leider Gottes auch Deutschland – das eher lax betreiben.

Deutschland ist ein Geldwäsche-Zentrum in Europa. Die italienische Polizei beschwert sich regelmäßig über die niedrigen Standards in Deutschland, dass die interna-

tionale Kooperation nicht richtig funktioniert und die Mafia hier ihr Geld wäscht. Wir wissen über die starke Präsenz der russischen und arabischen organisierten Kriminalität. Mit der lieben und hochkompetenten sozialdemokratischen Kollegin Ana Gomes habe ich mich so gut verstanden, weil sie das gleiche Elend in Portugal hat. Portugal hat auch lange Zeit immer weggesehen und ihre eigene Steueroase in Madeira betrieben, ebenso wie ihre dreckigen Geschäfte mit Angola und anderen ehemaligen Kolonien. Es ist so, dass national solche Überprüfungen schlecht funktionieren, weil man immer wieder Rücksicht nimmt auf die eigenen wirtschaftlichen Interessen. Deshalb brauchen wir europäische Anti-Geldwäschebehörden. Genau das will die Kommission jetzt auf den Weg bringen und das ist die Konsequenz, an der ich vor allem arbeite. Meine Aufgabe ist es also nicht, jetzt auf nationaler Ebene jeden Fall aufzuklären – ich bin ja nicht bei der Polizei oder der Staatsanwaltschaft –, sondern dafür zu sorgen, dass die Überprüfungen so streng werden, dass es zu solchen Geschäften immer weniger kommt. Und das ist die europäische Verantwortung.

Wie schätzen Sie denn da die Chancen ein, dass da etwas Wirkungsvolles entsteht?

Gut. Wir haben ja bereits große Fortschritte gemacht. Wir hatten 2007 die Anti-Geldwäsche-Richtlinie 3 und darauf folgten 4 und 5 jeweils mit starken Verschärfungen. Das Europaparlament hat ja mit einer ganzen Serie von Ausschüssen die Finanzskandale aufgespießt, die es gab, also Panama Papers, die Probleme in Malta, LuxLeaks, Paradise Papers etc. Es gab ja eine lange Serie von Leaks, die gezeigt hat, wie schwach das globale und auch das europäische Finanzsystem PEPs gegenüber ist. Wenn Sie die Panama Papers anschauen und die ganzen Personen sehen, die da offensichtlich Briefkastenfirmen hatten, dann ist das unerträglich. Das ist auch ein Sittengemälde für die politischen Eliten in vielen Ländern. Denn die hatten Schattenfirmen ja, um Geschäfte zu machen. Das ist das Gegenteil dessen, was in den Gesetzen und Richtlinien der FATF bzw. der AMLD (Anti-Money Laundering Directive) steht.

Was die Kommission jetzt auf den Weg bringen will, ist eine Verschärfung der Durchsetzung dieser Gesetze. Sie hat endlich auch die Unterstützung der Wirtschafts- und Finanzminister. Wenn dann das Gesetz für eine europäische Anti-Geldwäschebehörde vorgelegt ist, dann wird es sicherlich wieder die üblichen Konflikte geben, weil die Nationalstaaten nicht auf ihre Privilegien verzichten wollen. Meine Aufgabe sehe ich in erster Linie darin, auf europäischer Ebene die Position des Europaparlaments in dieser Frage zu härten.

Was sagen Sie denn zu europäischen Steuerparadiesen wie Malta, den Niederlanden, London etc?

Also erstmal würde ich Sie bitten, das Wort »Steuerparadies« zu streichen, das hat mit einem Paradies überhaupt nichts zu tun, denn das Paradies ist ja ein göttlicher Ort (lacht). Steueroase trifft es auch nicht, Steuersumpf aber schon eher. Warum haben wir so etwas in Europa? Weil in Europa Steuerfragen einstimmig geregelt werden und die Mitgliedsstaaten nicht bereit sind, den Nachbarländern bei Steuerfragen wirklich auf die Füße zu treten. Geldwäschefragen sind etwas anderes, die werden nach dem Mehrheitsprinzip entschieden, deshalb ist es eigentlich einfacher, scharfe Regeln im Bereich Geldwäsche durchzusetzen. Da war nur unser Problem, dass einige der Länder, die sich bei Steuern eher als geschädigt empfinden, so wie Deutschland, selbst Geldwäsche-Sümpfe sind. Gerade wenn wir über Geldwäsche reden, trägt diese Unterteilung in kleine Inseln auf der einen Seite und große Staaten auf der anderen Seite nicht. Sie haben ja vollkommen zurecht London erwähnt, aber wir könnten eben auch Deutschland nehmen. Auch in Deutschland wird in großem Maße Geld gewaschen.

Deutschland war auch bei vielen dieser großen Geldwäsche-Skandale, nehmen Sie etwa den »Laundromat«, zentral beteiligt. Schauen Sie auf die Deutsche Bank und das Treiben ihrer Tochterfirmen. Die Deutsche Bank behauptet zwar zum x-ten Mal, dass sie jetzt alles anders macht. Das werden wir allerdings erst in ein paar Jahren bewerten können, ob das stimmt oder nicht. Fakt ist aber, dass diese Vorstellung, da gäbe es einige Orte und die sind das Problem und der Rest des Finanzsystems ist weitgehend in Ordnung – diese Gegenüberstellung trägt nicht. Möglich ist all das deshalb, weil auf der einen Seite einige wenige Staaten sich gegen alles sträuben, was Europa da macht, und auf der anderen Seite die großen Mitgliedstaaten, die eigentlich ökonomisch eher ein Interesse an schärferen Regeln hätten, das nicht zur Priorität gemacht haben.

Das Interview mit Sven Giegold führte Daniel Düster am 1. Mai 2020.


Champagne